

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Missbrauch der OSZE für eine imperialistische Strategie der Aufwiegelung – S. 4**
- **Wehrpflichtdebatte (2): Und die außenpolitischen Ansprüche der BRD – S. 7**
- **Jump Plus: Was ist mit den aus dem Sozialhilfebezug Gedrängten geschehen? – S. 12**
- **Strategiediskussion in der IG Metall: „Globalisierung bekämpfen oder gestalten?“ – S. 15**
- **Gesellschaftlicher Friede – nur mit den Muslimen, nicht gegen sie! – S. 19**

Ausgabe Nr. 26/27 am 17. Dezember 2004, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Bundeswehr in den Sudan

Bundestag, 2.12. scc. Mit 540 Stimmen gegen zehn Neinstimmen – darunter die der beiden PDS-Abgeordneten – und drei Enthaltungen hat der Bundestag den Einsatz von Luftwaffeneinheiten in der sudanesischen Provinz Dafur beschlossen. Am 26.11. bereits hatte der Entsendebeschluss auf der Tagesordnung gestanden, war dann aber überraschend abgesetzt worden – so überraschend, dass das Verteidigungsministerium seine Verabschiedung sogar schon gemeldet hatte. Grund für die Verschiebung war offensichtlich, dass die sudanesischen Regierung den deutschen Botschafter einbestellt und ihm ihre Ablehnung mitgeteilt hatte. Ohne Zustimmung hätte der Einsatz keinerlei völkerrechtliche Legitimation. Auch hatte Südafrika, das derzeit den Vorsitz der Afrikanischen Union (AU) stellt, gegen Resolutionsentwürfe der EU und der USA protestiert, mit der diese im Sicherheitsrat den Sudan wegen Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen beabsichtigten. Die AU beobachtet mit derzeit 700 Soldaten – ihre Zahl soll weiter aufgestockt werden – den Waffenstillstand in Darfur mit Einwilligung des Sudan. Anscheinend ist es der BRD zwischenzeitlich gelungen, die Zustimmung zum Einsatz der Bundeswehr zu erreichen. Mit drei Transportmaschinen und 200 Soldaten soll die Mission der AU „unterstützt“ werden. Kritiker werfen der deutschen Politik vor, den Konflikt in Dafur zu instrumentalisieren und die tatsächlichen Ereignisse aufzubauschen bzw. direkt zu verfälschen. Erklärungsversuche, es gehe um die Absicherung von Ölinteressen im Sudan oder um die quasi militärische Absicherung eines Vertrages über den Ausbau des Schienennetzes im Südsudan, den eine deutsche Holding (Thormählen, ThyssenKrupp, Siemens u.a.) mit der südsudanesischen SPLA abgeschlossen hat, greifen wohl zu kurz. Der Sudan büßt ein Stück Souveränität ein, und die BRD bzw. EU erklären einen Führungsanspruch gegenüber der Afrikanischen Union.

Beifall vom Bund der Vertriebenen

bdv. 9.12. alk. Erika Steinbach, CDU-MdB und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, war angetan. Gleich zwei Pressemitteilungen zum Beschluss des Bundestags, Soldaten in den Sudan zu entsenden, ließ sie los. Die Begeisterung über Interventionismus ist gepaart mit fragwürdigen historischen Verknüpfungen. Wir zitieren:

„Fast pünktlich zum Tag der Menschenrechte hat der Deutsche Bundestag der Entsendung von Soldaten der Bundesluftwaffe in den Sudan zuge-

stimmt. Sie sollen Friedenstruppen der afrikanischen Union an ihre Einsatzorte transportieren, um den Schutz der Bevölkerung vor mordenden Banden und die Versorgung von Flüchtlingen sicherstellen. Gegen Vertreibung, Vergewaltigung und Massenmord, wo immer dies auch stattfindet, muss die internationale Staatengemeinschaft gemeinsam einschreiten. Als die Waffen nach dem Zweiten Weltkrieg schwiegen, begann die millionenfache Vertreibung der Deutschen aus ihren Heimatgebieten im Osten und Südosten Europas. Hunderttausende von deutschen Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder, wurden enteignet, entrechtet, körperlich und seelisch misshandelt und in Lager gesperrt, wo Tausende verhungerten. Bei den Verfolgungen und Mordaktionen gegen alles, was deutsch war, zählte unterschiedslos nur die Zugehörigkeit zur deutschen Nationalität. Ähnlich verhält es sich bei den Morden und Vergewaltigungen im Sudan, die sich gegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung richten. Die Geschichte lehrt uns, dass sich Menschenrechtsverletzungen im großen Stil jederzeit wiederholen können, wenn nicht energisch und mit entsprechendem Druck eingegriffen wird.“

Über Vorgeschichte der Umsiedlung der Deutschen aus Ost- und Südosteuropa, nämlich die Beteiligung an den Verbrechen des Hitlerfaschismus, wie üblich kein Wort von Frau Steinbach.

Dienstleistungsrichtlinie: EU-Kommissar beharrt auf Herkunftslandprinzip

Handelsblatt, 10.12. rül. Der neue EU-Binnenmarkt-Kommissar Charlie McCreevy aus Irland hat angekündigt, er werde bei der EU-Dienstleistungsrichtlinie an dem umstrittenen Herkunftslandprinzip festhalten. Das sei ein „Eckpfeiler“. McCreevys Vorgänger Frits Bolkestein hatte Anfang 2004 den Entwurf einer „EU-Dienstleistungsrichtlinie“ vorgelegt, mit dem der Dienstleistungsmarkt weitgehend liberalisieren werden soll. Geplant ist, Schranken gegen ausländische Anbieter von Dienstleistungen in der EU weitgehend aufzuheben. Friseure, Ärzte, Apotheker, Baufirmen usw. sollen im Prinzip in jedem Land der EU künftig ihre Dienste frei anbieten können und dabei nur die sozialen Standards, Löhne usw. ihrer Herkunftsländer einhalten. Die Richtlinie soll für alle Dienstleistungsbereiche gelten: Handel, Baugewerbe, Tourismus, freie Berufe, Gesundheitsdienste usw. Nur was bereits in anderen EU-Richtlinien geregelt ist, wie z.B. der Finanzbereich, soll herausfallen, ebenso die Post, Wasserversorgung, Strom und Gas. Mitgliedsländer dürfen weitere Ausnahmen von der

Politische Berichte im Internet: www.gnn-archiv.staticip.de

Richtlinie nur bei Gefahr für die öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit erlassen. Befürworter der Richtlinie versprechen sich einen deutlichen Anstieg der grenzüberschreitenden Angebote im Dienstleistungsbereich und in der Folge mehr Wachstum. „Polnische Anbieter, die in Deutschland Aufträge übernehmen, wären dann nicht mehr gezwungen, die hier zu Lande viel höheren sozial- und arbeitsrechtlichen Standards einzuhalten“, erläutert das *Handelsblatt* seinen Lesern das Vorhaben und macht damit auch klar, worum es geht: um den weiteren Abbau sozialer Standards nach unten. Tarife und soziale Sicherungen im Bau- und Dienstleistungsbereich, ohnehin schon durch die Deregulierungen der letzten Jahre auf der Rutschbahn nach unten, könnten noch massiver unterboten werden. Gewerkschaften, Attac, der Verband der Bauwirtschaft, Ärzte, Apotheker und andere Freiberufler, die ihre Honorare gefährdet sehen, laufen Sturm gegen das Vorhaben. Mit dem Interview McCreevys steht fest, dass die neue EU-Kommission das Vorhaben der alten fortsetzen will. EU-Ministerrat und Europaparlament müssen zustimmen. Im Mai 2005 soll die Richtlinie beschlossen werden.

Renteneinnahmen brechen weg

Handelsblatt, 9.12. rül. Die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherungen sind im November gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres deutlich eingebrochen. Mit 12,4 Milliarden Euro blieben die Novemberbeiträge um 6 Prozent oder 800 Millionen Euro hinter den Einnahmen im November 2003 zurück. In den ersten elf Monaten 2004 sind damit die Einnahmen der Rentenkassen bisher um 1,1 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die Regierung hat für das gesamte Jahr nur einen Rückgang um 0,6% erwartet. Verantwortlich für die geringen Einnahmen der Rentenkassen werden allgemein die anhaltende Arbeitslosigkeit, die Ersetzung von regulären Jobs durch 400-Euro-Minijobs und die geringe allgemeine Lohnentwicklung gemacht. Der Rückgang der Novembereinnahmen dürfte zudem ein Ergebnis der verbreiteten Streichungen oder Kürzungen in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst sein. Die Regierung hofft jetzt noch auf Einmaleffekte im Dezember. Wenn diese nicht eintreten, wird die gesetzliche Mindestreserve der Rentenkassen von 0,2 Monatsausgaben dann vermutlich unterschritten werden. In einem solchen Fall muss eigentlich der Beitragssatz für das Folgejahr angehoben werden. Da der Beitragssatz für 2005 durch Beschluss der Bundesregierung schon auf 19,5% fixiert ist, wächst so der Druck in Richtung Anhebung der Rentenbeiträge im Wahljahr 2006.



Mini-Jobs ein Erfolg?

BDA, 6.12. alk. „Mini-Jobs sind eine der wenigen Erfolgsgeschichten unseres Arbeitsmarkts“, das meint wenigstens der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt. Mit einem Zuwachs von rund einer Million Arbeitsplätzen binnen Jahresfrist hätten Mini-Jobs Schwung in den Arbeitsmarkt gebracht. Vor allem die größere Flexibilität mache die geringfügige Beschäftigung für Betriebe und Arbeitnehmer attraktiv. Gegen die Behauptung, Minijobs wären vor allem aus der Umwandlung sozialversicherungspflichtiger Vollzeitstellen entstanden (v.a. im Handel siehe Bild), erklärt Hundt, dass die Ausweitung geringfügiger Beschäftigung zum größeren Teil mit Zuwächsen bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einhergegangen sei. Die Mini-Jobs brächten außerdem in diesem Jahr mehr als 4 Milliarden Euro in die Sozialkassen. Was Hundt nicht erwähnt: Die Kosten sind auf später verschoben, denn irgendwann werden die heutigen Mini-Jobber Ansprüche auf Rentenzahlungen oder Grundsicherung erheben.

Ein-Euro-Jobs springen an

heute im bundestag, 10.12. alk. Das Wirtschaftsministerium hat jetzt erste Zahlen über die Schaffung von Ein-Euro-Jobs bekannt gegeben. Die FDP hatte eine entsprechende Anfrage gestellt. In den Monaten September und Oktober haben insgesamt 46 186 Bewerber von Arbeitslosenhilfe einen so genannten Ein-Euro-Job aufgenommen. Davon seien 35 247 auf die neuen Länder und 10 939 auf die alten Länder entfallen. Die meisten Ein-Euro-Jobs seien in diesen beiden Monaten in Sachsen-Anhalt und Thüringen (14 879) und Brandenburg (11 852) entstanden. Eine Umwandlung regulärer Jobs habe dabei nicht stattgefunden, allenfalls sei es zur Umwandlung von bisher ehrenamtlicher Tätigkeit von Arbeitslosen in Ein-Euro-Jobs gekommen. Der Regierung liegen der Antwort zufolge keine Erkenntnisse darüber vor, dass aus Kostengründen auf die Besetzung einer Zivildienststelle verzichtet wird und für die zu erledigenden Arbeiten gleichzeitig Ein-Euro-Jobs beantragt werden. Vielmehr sei zu erwarten, dass durch die Förderung dieser Jobs die Möglichkeit besteht, einen Teil der Arbeiten, die derzeit unerledigt bleiben, mit Arbeitslosen zu besetzen. Das Wirtschaftsministerium deutet an, dass es bereits zu einem Gerangel der Anbieter von Ein-Euro-Jobs und den Auftraggebern bei den Kommunen und Arbeitsagenturen um die Höhe der Förderung für Ein-Euro-Jobs kommt. Wir hatten bereits berichtet, dass bis zu 500 Euro je Fall an Förderung gezahlt werden; in einzelnen Kommunen verlangen jetzt die Sozialbehörden, dass dann wenigstens die Hälfte dieses Betrages an die Arbeitslosen bezahlt wird.

Wieviele Ein-Euro-Jobs nach Inkrafttreten der Arbeitsmarktgesetze am 1. Januar tatsächlich entstehen werden, ist nach Auskunft des Wirtschaftsministeriums noch offen; die Berichte aus den Kommunen sind recht unterschiedlich. Jedenfalls stehen für 2005 erstmalig 6,55 Milliarden Euro für den subventionierten Lohnsektor zur Verfügung.

Lohnumfrage

www.lohnspiegel.de. alk. Das WSI und die Gewerkschaften haben ein interessantes Projekt gestartet. Im Internet kann – natürlich anonym – ein Fragebogen ausgefüllt werden. Damit wird eine Online-Auskunft aufgebaut, wie es sie in Deutschland noch nicht gibt: Der aus den Angaben entstehende Einkommens-Check im Internet wird alle Branchen umfassen und kostenlos allen offen stehen. Gefragt wird unter anderem nach dem Entgelt, nach Arbeitsstunden, Wegezeit, Beschäftigungsverhältnis, Alter, Geschlecht, Familienstand, Ausbildung, Branche, Beruf und Tätigkeit. Der Aufwand zum Ausfüllen beträgt eine knappe Viertelstunde.

Zwar dürften aufgrund der Art der Umfrage im Ergebnis akademische Gewerkschaftsmitglieder überrepräsentiert sein, die Daten hierfür sind ja aber auch interessant.

Zusammenstellung: alk

Nächste Ausgabe Politische Berichte

Auch dieses Jahr pausieren die Politischen Berichte über den Jahreswechsel. Die nächste Ausgabe, Politische Berichte 1/2005 erscheint am 14. Januar. Wir wünschen erholsame Feiertage und ein gutes Neues Jahr 2005. *Redaktion*

Missbrauch der OSZE für eine imperialistische Strategie der Aufwiegelung

Der nachfolgende Zusammenstellung versteht sich als Beitrag zur Vergewisserung in Sachen Ukrainewahl: Welcher Art ist die öffentliche Debatte bzw. Meinungsbildung dazu in der benachbarten, ostwärts der EU gelegenen Staatenunion? Zu welchen Befunden gelangt sie? Auf Grundlage einer entsprechenden Recherche sind hier einige Stellungnahmen zusammengetragen worden, die als Antworten auf diese Fragen verstanden werden können: Der 'Russische Pressespiegel' vom 8.12.04 enthält u.a. folgenden Artikel aus der Zeitung *Kommersant*: „Die Diskussion über die Situation um die ukrainischen Wahlen hat sich am Vortag in einer Tagung des [Außen-]Ministerrates der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Sofia [6./7.12.04 – Red.] zu einer kontroversen Polemik zwischen Russlands Außenminister Sergej Lawrow und USA-Außenamtschef Colin Powell entfaltet ... Stein des Anstoßes war die Situation in der Ukraine, genauer gesagt, das Herangehen der OSZE an die im postsowjetischen Raum stattfindenden Wahlen, das dort an den Tag trat. Lawrow schlug vor, ein ‚System objektiver Kriterien zu entwickeln, die für den gesamten OSZE-Raum gelten würden‘, um in Zukunft keine Doppelmoral bei der Bewertung der Wahlen zuzulassen. Widrigenfalls wird das Monitoring [d.h. das Beobachten /Red.] von Wahlprozessen zu einem Instrument politischer

Manipulation und einem Destabilisierungsfaktor ... USA-Außenamtschef Powell wies die Kritik kategorisch zurück. Wie er erklärte, kämpfen die USA nicht um Gebiete und zwingen die Ukrainer auch nicht, zwischen Ost und West zu wählen. [...]“¹. Im Beitrag eines Schweizer Nachrichtendienstes wird dazu ergänzend Folgendes berichtet: „Lawrow warf dem Westen vor, mit zweierlei Maß zu messen: Die Wahlpraxis in ehemaligen kommunistischen Staaten werde kritisiert, Kritik an den eigenen Wahlen hingegen abgelehnt. ‚Wir dürfen nicht zulassen, dass Wahlbeobachtung in ein politisches Instrument umgewandelt wird‘, sagte der russische Außenminister ...“²

Was von Powells Zurückweisung der russischen Kritik zu halten ist, wird zum einen beispielhaft ersichtlich aus dem dazu hier als Dokument auszugsweise wiedergegebenen Beitrag der britischen Zeitung *The Guardian*. Und es wird zum andern auch ersichtlich aus dem Zweitabdruck eines Beitrags von Jesse Jackson („In Cleveland als in Kiew“ [Wie in Cleveland, so in Kiew – Red.]) in derselben Zeitung, der zuerst in der *Chicago Sun Times* veröffentlicht worden war. Darin werden die gravierendsten Manipulationen (in den Bundesstaaten Ohio und Pennsylvania) zugunsten eines Wahlsiegs von US-Präsident Bush benannt: Und zwar sowohl hinsichtlich der betroffenen Wahlbezirke bzw. Wahlberechtigten wie auch hinsichtlich der

involvierten Personen und der von ihnen angewandten konkreten Methoden. Des weiteren wird daran erinnert, dass Bush bereits vor vier Jahren – damals im Bundesstaat Florida – mithilfe ähnlicher Verfälschungen des Wahlausgangs in das Präsidentenamt gelangt war. Jackson, Präsident der US-Regenbogen-Koalition, verbindet seine Forderung nach einer entsprechenden amtlichen Untersuchung sowie einer Neuauszählung der dort abgegebenen Stimmen u.a. mit folgender Feststellung: „In der Ukraine protestieren Bürger in den Straßen gegen das, was sie für einen Wahlbetrug halten. Außenminister Colin Powell bringt die Besorgnis dieser [US-]Nation über den offensichtlich irregulären Verlauf der Wahl zum Ausdruck. Die Medien widmen dem diesbezüglichen Disput eine Rund-um-die-Uhr-Aufmerksamkeit. Aber in den Vereinigten Staaten selbst gehen massive und systematisch betriebene Wahl-Unregelmäßigkeiten einfach so durch“³. Hier wird auf die öffentliche Kritik der US-Regenbogen-Koalition nicht deshalb hingewiesen, weil der Gegenstand unserer Zusammenstellung insbesondere festgemacht werden soll an der diesbezüglichen US-Außenpolitik. Nein, wir verweisen hier deshalb darauf, weil diese Art kritischer öffentlicher Befassung mit der eigenen Außenpolitik bislang nur in der nordamerikanischen Union der Fall ist – hingegen nicht in der EU.

Dokument aus *The Guardian*, 26.11.2004:

Analyse. Hinter dem Aufruhr in Kiew – US-gesteuerte Wahlkampagne

...[W]ährend die Gewinne der orangegefärbten ‚Kastanien-Revolution‘ Erfolge der Ukraine darstellen, ist die Wahlkampagne selbst eine amerikanische Kreation, eine hochentwickelte und brillant vorgetragene Übung in Sachen westlicher Vermarktung und [westlichem] Massenmarketing, das – in [nunmehr] vier Ländern innerhalb von vier Jahren – für den Versuch genutzt wurde, Wahlen vor Manipulationen zu bewahren und verfallende Regime umzustürzen. Diese strategische Kampagne – erfunden und organisiert von der US-Bundesregierung – feldzugmäßig

entfaltet über US-amerikanische Berater, Meinungsforscher, Diplomaten, die beiden großen amerikanischen Parteien und Nichtregierungs- Organisationen – wurde in Europa zum ersten Mal in Belgrad genutzt, um Slobodan Milosevic an der Wahlurne zu schlagen. Richard Miles, der US-Botschafter in Belgrad, spielte hierbei die Schlüsselrolle. Und während letztem Jahr hat er, als US-Botschafter in Tiflis, dieses Kunststück in Georgien wiederholt – indem er Mikhail Saakashvili als Coach zu Diensten war hinsichtlich der Frage, wie man Eduard Shevardnadze zu Fall bringt. Zehn Monate nach dem Erfolg in Belgrad organisierte der US-Botschafter in Minsk [Belarus/Weißrussland – Red.], Michael Kozak – ein Veteran ähnlicher politischer Operationen in Mittelamerika, hauptsächlich in Nicaragua –, eine nahezu identische Kampagne für den Versuch, den ‚starken

Mann‘ Weißrusslands, Alexander Lukaschenko, zu besiegen. Diese Kampagne misslang ...

Aber die Erfahrung, die in Serbien, Georgien und Weißrussland gewonnen wurde, war verwertbar für ein gemeinschaftliches Handeln zum Zweck der Niederwerfung des Regimes von Leonid Kuchma in Kiew. Die Operation – d.h. das Demokratie-Engineering via Wahlurne und zivilen Ungehorsam – ist mittlerweile so gekonnt, dass diese Methoden zu einer Vorlage für das Gewinnen von Wahlen anderer Bevölkerungen herangereift sind ... [Nachfolgend wird hier erstens die Notwendigkeit der Mobilisierung junger (auch faschistisch gesinnter) Leute – hauptsächlich Studenten, die dazu Zeit haben – unter einer schlichten, stets ähnlich lautenden, Losung dargelegt. Und zweitens die Notwendigkeit der Vereinheitlichung der oppositionellen Kräfte und ihrer Aus-



Eine aufschlussreiche Pose. Hier wird Zugehörigkeit auf Schutzmächte verwiesen. Rechts: Blockade von Regierungsgebäuden.

Das, was hier von russischer Seite als ‚Messen mit zweierlei Maß‘ kritisiert wird, dient erkennbar der Insurgierung – d. h. bestimmten, auf Umsturz hinzielenden und von außen gesteuerten Aktivitäten: Die konkrete, aus Anlass einer Wahl stattfindende Intervention in den betreffenden Staat findet sich in der Vorphase wie auch in der Begleitphase ‚legitimiert‘ durch eine spezifische – politische bzw. mediale – auswärtige Aufbereitung seiner inwärtigen Verhältnisse. Zu dieser Art von Staatenumgang wird in einem aktuellen Beitrag (‚Russland besteht auf einer Reform der OSZE‘ – 8.12.2004) der Nachrichtenagentur *Russian News & Information Agency / RIA-Novosti* Folgendes ausgeführt: Die OSZE „entfernt sich allmählich von ihren Zielen und verwandelt sich zunehmend in ein Instrument zur Bedienung der Interessen nur einer kleinen Gruppe ihrer Teilnehmer, mitunter sogar nur einzelner Staaten. Falls die OSZE nicht ihre Identität verlieren ... will, muss sie sich einer unaufschiebbaren Reform

aussetzen... [Moskau] neigt dazu, die heutige Situation in der OSZE als eine ernste Krise zu betrachten. Besonders enttäuscht ist Russland über die thematische Verzerrung in der Tätigkeit der Organisation. Von den drei ‚Körben‘ interessiert nur der humanitäre ‚Korb‘..., während die beiden anderen Richtungen – die militärpolitische und die wirtschaftliche – nach Ansicht von Moskau stagnieren. [...] Was die OSZE wirklich zum Gegenstand ihrer unermüdlichen Sorgen gemacht hat, ist der humanitäre ‚Korb‘. Aber nach der Erweiterung der Europäischen Union und des Nordatlantikpaktes interpretiert die Organisation ihre Aufgaben in dieser Sphäre recht eigenartig. Im Grunde betätigt sich die OSZE heute als Aufseher über die politische Situation in einzelnen Ländern, die der EU und der NATO nicht angehören. Im Ergebnis verwandelt sie sich in ein Werkzeug des Druckes der einen Staaten auf die anderen. Auf den Foren der Organisation überwiegt ständig eine willkürliche Teilung der

Staaten in die so genannten ‚achtbaren‘ und die ‚weniger achtbaren‘.“⁴

Hinsichtlich solcher Staaten am expandierenden Ostrand der EU bzw. am Westrand der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) wie Weißrussland, Moldawien und der Ukraine ergeben sich aus dieser Anmaßung einer hierarchisierenden Staaten-Bewertung innerhalb der OSZE ganz spezifische Probleme. In einem aktuellen Beitrag für die Internet-Zeitung *russland.RU* führt Konstantin Kossatschow, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Staatsduma, folgendes dazu aus: „Die Ereignisse in der Ukraine spielen sich vor dem Hintergrund schwieriger Wirtschaftsprozesse ab, die sich auf dem europäischen Kontinent vollziehen. Westlich von der Ukraine findet eine wirtschaftliche Integration im EU-Rahmen statt, im Osten entfalten Russland und einige ehemalige Sowjetrepubliken das Projekt des Einheitlichen Wirtschaftsraums. Um unnötige Konflikte künftig zu vermeiden,

richtung auf einen (zur Not auch anti-westlichen, Hauptsache: anti-russischen) Gegenkandidaten. – Red.]... Außer dem Schlüsselement Studentenbewegung und dem Schlüsselement Vereinigte Opposition ist das weitere Schlüsselement das, was bekannt ist als ‚Parallele Wahlhochrechnung‘ – ein Gegenschlag gegen wahlmanipulierende Tricks verrufener Regime.

Es gibt professionelle, außerhalb [der Wahlzentrale einsetzbare] Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa [OSZE], aber die Wahl in der Ukraine zeichnete sich – ähnlich wie ihre [oben angesprochenen] Vorläufer – auch aus durch Tausende von örtlichen Wahlbeobachtern, trainiert und bezahlt von westlichen Gruppen... [Diese Gruppen] organisierten auch Prognosen zum Wahlausgang. In der Sonntag-[Wahl-]nacht gaben diese Hochrech-

nungen Herrn Juschtschenko einen Vorsprung von 11 Prozent und setzten [damit] die Agenda für vieles, was dann folgte. Die Wahlhochrechnungen werden nicht ganz unkritisch gesehen. Sie ergreifen die Initiative in der Propagandaschlacht mit dem Regime, stets als erste erscheinend, erlangen sie breite Medienaufmerksamkeit und wälzen damit die Last einer Antwort auf die offiziellen Autoritäten. Die letzte Stufe des US-amerikanischen Eingreifens ins Wahlgeschehen betrifft die Frage, wie zu handeln ist, wenn der [bisherige] Amtsinhaber versucht, eine verlorene Wahl für sich zu verbuchen.

In Weißrussland gewann Präsident Lukashenko, daher war dort eine Antwort auf diese Frage von geringer Bedeutung. In Belgrad, Tbilisi und jetzt in Kiew, wo die Autoritäten sich anfänglich an die Staatsgewalt klammerten, lautete die Anweisung, cool aber ent-

schlossen zu bleiben und Massenveranstaltungen zivilen Ungehorsams zu organisieren – der zwar friedlich bleiben muss, aber es [gleichzeitig] auf das Risiko anlegt, das Regime zur gewaltsamen Unterdrückung zu provozieren. Falls die Ereignisse in Kiew die US-Seite bestätigen in ihren Strategien, [die darauf angelegt sind], anderen Bevölkerungen zu helfen, ihre Wahlen zu gewinnen und antidemokratische Regime zu entmachten – dann ist es gewiss, dass der Versuch der Wiederholung dieser Übung auch anderswo in der postsowjetischen Welt unternommen wird. Die Gegenden, die [unter diesem Gesichtswinkel] beobachtet werden sollten, sind Moldawien und die Länder Zentralasiens.

Quelle: „Analysis. US Campaign behind the turmoil in Kiev. – Ian Traynor, Friday November 26, 2004“; Hintergrundbericht in ‚The Guardian‘: <http://www.guardian.co.uk/usa/story/0,12271,1360237,00.html> (eigene Übers.)

müssen diese Prozesse als einander ergänzende betrachtet werden. Die Ukraine ist weder jetzt noch in absehbarer Zukunft bereit, Mitglied der EU zu werden. Ihrerseits ist auch die EU nicht bereit, neue Mitglieder wie die Ukraine, Russland oder andere Staaten Mittel- und Osteuropas aufzunehmen. Unter diesen Bedingungen stehen Russland, der Ukraine und anderen interessierten Staaten außerhalb der EU zwei Wege zur Auswahl: Entweder lange nach der EU-Mitgliedschaft anstehen und nichts unternehmen, oder die Mitgliedschaft bei der EU nicht zum Selbstzweck werden lassen und pragmatisch eigene Wirtschaftsprobleme bewältigen und Barrieren abbauen, die Handel, Investitionstätigkeit, Kooperation und Produktionszusammenarbeit erschweren. Zur Lösung dieser Aufgaben wurde das Projekt Einheitlicher Wirtschaftsraum (EWR) konzipiert. Als Partner und nächster Nachbar der EWR-Staaten müsste die Europäische Union die Entstehung des EWR gutheißen und künftig nach Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den beiden großen europäischen Projekten streben. Dabei kann keinesfalls von einem harten Wettbewerb oder einer Teilung der Einflussphären die Rede sein. Denn widrigenfalls bleibt Europa geteilt: Seine zwei Hälften Ost und West würden sich nie zusammenschließen. Wenn der Westen (lies: die Europäische Union und die Nato) den postsowjetischen Raum jedoch ausschließlich als ihr eigenes Interessengebiet betrachtet, kann sich das ukrainische Szenario (Spaltung zwischen Ost und West) in einigen anderen GUS-Staaten wiederholen, was sich sehr folgens schwer für die russisch-europäischen Beziehungen erweisen würde.“⁵

Der Versuch seitens einiger EU-Staaten wie auch der USA, die hierarchisierende Bewertung als ‚legitime‘ Art des Staatenumgangs innerhalb der OSZE zu etablieren, birgt keinerlei Interesse an der gutnachbarschaftlichen Gestaltung dieser Beziehungen in sich. Ebenso wenig zeugt der klare Missbrauch diplomatischer Einrichtungen bzw. diplomatischen Personals für Zwecke der Insurgierung von Staaten (s. Dokument !) von friedfertigen Absichten. Dasselbe gilt für den Missbrauch von Wahlbeobachtern – die ja einen ähnlich exterritorialen Status genießen! – für solche Zwecke⁶ bzw. für die Fertigstellung von offiziellen OSZE-Berichten, die ersichtlich einseitig abgefasst sind. Hinsichtlich der Berichterstattung zur ersten Wahlrunde wird beispielsweise folgende Kritik geltend gemacht: „Die SPD-Politikerin und Ukraine-Expertin Jelena Hoffmann kritisierte die offizielle Stellungnahme der OSZE. ‚Ich bin mit der Einschätzung überhaupt nicht einverstanden‘, sagte Hoffmann der *Financial Times Deutschland*. Hoffmann, die

EU-Aktionsplan für die Ukraine: Versprechen und drohen

Ausgehandelt war „Aktionsplan“ zur Umsetzung der EU-„Nachbarschaftsstrategie“ für die Ukraine noch mit Kutschma. Aber erst jetzt hat ihn die EU-Kommission vorgelegt (zusammen mit Aktionsplänen für die Moldau, Marokko, Tunesien, Jordanien, Israel und die palästinensische Autonomiebehörde). Die EU-Kommission präsentierte ihn ausdrücklich als Zeichen ihres „Engagements für die zukünftige Entwicklung“ des Landes. Gleichzeitig empfahl sie aber dem EU-Ministerrat, ihn zur Verabschiedung an den Kooperationsrat EU-Ukraine erst nach den Wahlen weiterzuleiten, dann, wenn die Entwicklungen es ermöglichten, seine Durchführung ins Auge zu fassen.

Mit der Nachbarschaftsstrategie und den in ihrem Rahmen entwickelten Aktionsplänen will die EU einen „Ring von Freunden“ um ihr Territorium legen, heißt es. Tatsächlich handelt es sich um eine Strategie abgestufter Beziehungen, in denen die EU den Nachbarländern Vorteile aus Zusammenarbeit soweit und nur soweit verspricht, als diese jeweiligen Forde-

rungen der EU nachkommen. Es handelt sich nicht um gleichberechtigte Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil, sondern die EU maßt sich an, die Bedingungen zu diktieren. Israel etwa musste als Vorbedingung die Rolle der EU im Nahen Osten anerkennen.

Im Fall der Ukraine hat die EU-Kommission eine Liste politischer Prioritäten ausgearbeitet, darunter die „demokratische Durchführung“ der Präsidentschafts- und der Parlamentswahlen, die Garantie der Presse- und Meinungsfreiheit, „verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine beim Krisenmanagement“, die stufenweise Entwicklung einer Freihandelszone, Visa-Erleichterungen, Aufbau „rechtsstaatlicher Strukturen“ sowie Nuklearsicherheit. Von der Abarbeitung dieser Liste durch die Ukraine macht die EU den Zugang des Landes zum europäischen Binnenmarkt abhängig.

Unverhüllt heißt es im letzten Satz des Aktionsplanes, dass er „jederzeit ergänzt und/oder ausgebaut werden (kann) entsprechend dem politischen Fortschritt“ – „das ist Versprechen und Drohung zugleich für die Ukraine“, kommentierte die *Welt*.

Quelle: Die Welt, 8.12., NZZ, taz 10.12.

als Beobachterin des Europarats Wahllokale in der Hafenstadt Odessa besuchte, sagte, sie habe ‚keine Verstöße feststellen‘ können. Ihr Gesamteindruck sei ‚positiv‘ gewesen, ebenso wie der einer Reihe von Kollegen. ‚Unsere Berichte haben offenbar nicht in den abschließenden Bericht Eingang gefunden‘, sagte Hoffmann.“ (FTD, 1.11.04).

Die ukrainische Seite hat durch ihre eigenständige Aufhellung der Vorgänge um die Wahl sowie durch die Tatsache der Neu-Ansetzung dieser Wahl – der alle politischen Kräfte zustimmten! – deutlich gemacht, dass sie selber die ihr bekannt gemachten Regelverstöße (aus beiden Lagern) für nicht hinnehmbar befindet – und zwar im öffentlichen Interesse dieses Landes! Jeder Versuch der Einwirkung von außen leugnet diese Fähigkeit der ukrainischen Seite zu selbstbestimmtem Handeln bzw. zur Selbstverständigung der Lager. Mehr noch: Die hier wiedergegebenen Beiträge aus Russland bzw. der ostwärts der EU gelegenen GUS machen das dortige spezifische Problemverständnis von der erkennbaren Scharnierfunktion der Ukraine (sowie Weißrusslands und Moldawiens) – für die beiden benachbarten Staatenunionen! – deutlich. Dieses Problemverständnis verdient unbedingte Beachtung und Anerkennung innerhalb der EU sowie innerhalb der OSZE: Denn hier hätte ein Staatenumgang, der auf Gleichbehandlung basiert und insofern geprägt ist von der Achtung der Souveränität bzw. territorialen Inte-

grität, insbesondere auch zukünftigen möglichen Entwicklungen der Ukraine Rechnung zu tragen – etwa zu einem föderalen Verbund (ähnlich Belgien) oder zur gutnachbarschaftlichen Loslösung voneinander (ähnlich Tschechien/Slowakei).
huh, sec

Quellen:

- 1 <http://russlandonline.ru/rupress0020/more-news.php?iditem=324>
 - 2 <http://asp.ebund.ch/print.asp?artikelID=54668>
 - 3 <http://www.guardian.co.uk/print/0,3858,5080699-103677,00.html>
 - 4 http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd_id=567&msg_id=5186399&startrow=41&date=2
 - 5 <http://russlandonline.ru/rupol0010/more-news.php?iditem=3380>
 - 6 Hierzu beispielhaft die Kommentierung in einer aktuellen Sendung des Deutschlandfunks, in der eine Wahlbeobachterin – eine 47-jährige Referatsleiterin aus München – zu ihren ganz persönlichen Motiven (Freude darüber, „mit-helfen“ zu können, „wenn ein Land sich entscheidet, demokratische Verhältnisse einzuführen“ – und die „Leidenschaft zu reisen“) befragt wird: „Nicht zuletzt [so der Sender/Red.], weil es manchmal vorkommt, dass Wahlbeobachter sogar an politischen Umstürzen mitwirken können – wie jetzt in der Ukraine: Schon beim ersten Wahlgang ... Ende Oktober hatte die OSZE massive Wahlfälschungen ... moniert, ebenso bei der Stichwahl drei Wochen später. Die Stellungnahmen der Wahlbeobachter halfen der Opposition, die Wahlen als ungültig zu bezeichnen und Neuwahlen zu fordern.“ – <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/327521/>
- weitere Quellen aus: 12th OSCE Ministerial Council. Homepage. Bulgaria 2004 Sofia... <http://www.osce.org/events/mc/bulgaria2004/index.php>

Und die außenpolitischen Ansprüche der BRD

Die Gegebenheiten des Besatzungskrieges führen zu einer Verschmelzung von Machtmitteln der Innenpolitik mit den Machtmitteln der Außenpolitik. Der Trend geht zur militarisierten Polizei, und bei allen zivilen Aktivitäten entsteht ein gewichtiger Sicherheitsaspekt. Auch schaffen die Erfahrungen des Besatzungskrieges neue Normen und Verfahrensweisen, die auf die Entsendergesellschaft zurückwirken, und zwar nicht nur etwa im Ausbildungsbereich der Armee. Gravierender noch dürften die Organisationsänderungen und Normenverschiebungen sein, die zu einer Verschmelzung von Militär, Geheimdiensten, Polizei, Verwaltung und Wirtschaft führen und die garantierten Bürgerrechte zu Gunsten effektiver Kontrolle und gezielter Repression aushebeln. Insgesamt steigt der Personalbedarf der Sicherheitsapparate. Das Risiko nimmt zu. Die Staatsorganisation der BRD wird sich auf dem Wege der Anwerbung Freiwilliger nicht ausreichend ergänzen können. Deswegen geht der zivilgesellschaftliche Kampf gegen die Ansprüche des Staates in seinen Wirkungen über die wichtige Relation Individuum-Staat noch hinaus. Verweigerung hat Einfluss auf das Spektrum außenpolitischer Optionen.

Die Verschränkung von Außen- und Militärpolitik hat nur vom erhabenen Standpunkt der Staatsmacht aus gesehen den Anschein der Vernunft. Unter Normen, die sich im zivilen Leben bilden, erscheint das politisch-militärische Kräftemessen von Staatsorganisationen nicht sinnvoll, unverständlich, verrückt. Leicht gibt die zivilgesellschaftliche Ausdeutung staatlichen Gewalthandelns sich mit solchen Befunden zu fügen, denn es scheint auszureichen, die öffentliche Meinung gegen das Handeln der Staats aufzubringen. Es hat sich aber immer wieder, für uns wohl am deutlichsten im Jugoslawien-Krieg, gezeigt, dass eine solche Differenz nicht stabil ist, sondern die fremde Logik des staatlichen Handelns die öffentliche Meinung überformen, umwerfen, ja sogar in ihren Bann ziehen kann. Dies geschieht, wenn die Bürgerinnen und Bürger durch die gesetzten Fakten gezwungen werden, wie ein Staat zu denken, ohne dass sie sich mit einer spezifischen Qualität staatlichen Handelns hätten auseinandergesetzt hätten, die darin besteht, dass die Staatsorganisation ein soziales System ist, das eigene, überpersonale Identität hat, das bestehen bleibt, während die Elemente, aus denen es gebildet ist, kommen und gehen. In diesem Zusammenhang macht es z.B. Sinn zu sterben, damit Deutschland

lebe. Die Logik dieses sozialen Systems spielt sich in einem anderen Zeithorizont ab, als er für die Bürgerinnen und Bürger besteht. In diesem weiteren Zeithorizont gibt es Zusammenhänge und auch Verantwortlichkeiten, die für das staatliche Handeln und seine Beurteilung aktuell und wichtig sind, obwohl sie für sämtliche Zeitgenossen lange vorbei sind. So kommt es, dass Zeichen, die im politischen Verkehr der Staaten untereinander gesetzt werden, für die urteilsfähigen Bürgerinnen und Bürger zunächst verschlüsselt bzw. nichtssagend bleiben, während sie auf der Ebene der zwischenstaatlichen Auseinandersetzung deutlich und sogar überdeutlich wirksam sind. Erst wenn Spannungen zwischen den Regierungen entstehen, die sich auch im zivilen Leben auswirken könnten, interessiert sich eine breitere Öffentlichkeit.

Wir haben uns in dieser Zeitschrift bemüht, die Zeichen auszudeuten, die von der deutschen Regierung mit ihrem Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat in die Welt gesendet werden. Jahrelang hat das Auswärtige Amt diese Sache betrieben. In der Welt der Staaten war die ganze Zeit klar, dass auf diesem Wege eine Revision der Bewertung der von Deutschland geführten Kriege, insbesondere des Zweiten Weltkrieges der Nazidiktatur, betrieben würde. Die Grundstruktur der UNO, ihre Basierung auf unveräußerliche Menschenrechte und die Privilegien jener Staaten, die dem Faschismus der Nazis entgegengetreten waren, erklärt sich nur aus dieser Geschichte, die für die heute Lebenden aber eine tote Sache ist, die Menschen gemacht haben, die heute fast alle schon verstorben sind. (Siehe auch PB 21/04.)

Im Erfahrungsraum der einzelnen Personen sind die Umstände der Gründung der UNO und die Begründung ihrer Verfassung also nicht präsent. Anders auf der Ebene der Staatswesen, die als soziale Systeme überindividuelle Identität haben, die in verbindlichen Verträgen und gefestigten Strukturen vorliegt und bleibt, auch wenn das Personal vollständig gewechselt hat.

Als lebendiges soziales System werden die Staaten der Welt und die UNO von den Zeitgenossen gebildet und getragen und spontan in diesem in mancher Hinsicht verengten Zeithorizont beurteilt. In diesem Zusammenhang ist der 2. Weltkrieg vor allem: lange vorbei. Die Konstituierung der UNO aus der Anti-Hitler-Koalition liegt außerhalb des individuellen Zeithorizontes der heute Aktiven.

Von der Warte der Staaten lebt die

Konstellation, die sich in diesem Krieg ausdrückte, in dem Moment auf, in dem die Hauptverbündeten des Zweiten Weltkrieges, Japan und das wiedervereinigte Deutschland, zusammen, man möchte beinahe sagen: gemeinschaftlich, den Anspruch auf ständigen, mit Veto-Recht ausgestatteten Sitz im Sicherheitsrat der UNO artikulieren. Unabhängig von den geringen Erfolgsaussichten ist bereits das Anmelden dieses Anspruchs ein politisches Faktum.

Die Forderung der BRD und Japans nach dem Veto-Recht wäre geeignet, die pazifistische, gegen Militärinterventionen argumentierende Verkleidung der Kampagne abzulösen. Denn das Veto-Recht ist in keiner Weise tauglich, andere Veto-Mächte an etwas zu hindern. Es erhöht ausschließlich den Aktionsradius seiner Inhaber, in dem es ihnen erlaubt, eine politische Streitfrage durch militärisches Kräftemessen zu entscheiden. Die Botschaft, die damit an andere Staaten gesendet wird, ist glasklar und eindeutig: Die BRD und Japan sehen in der Staatenwelt potentielle Gegner und beanspruchen von der Staatenorganisation das Recht, diese ohne Einmischung der UNO bzw. ihrer Organe erledigen zu dürfen.

In Bezug auf Japan wird die Diskussion nicht breit, aber immerhin offener geführt. Man geht davon aus, dass Japan einen Konflikt mit Nordkorea hat, indem es tendenziell freie Hand beansprucht. Im Fernsehen war von Raketenstellungen Nordkoreas die Rede, die Japans bedrohten. Dadurch, dass Japan sich das Recht reservieren lässt, jederzeit zuzuschlagen, entsteht Druck auf Nordkorea usw. usf. Wie dem auch sei, letztlich entstünde eine regionale Ordnung, in der (ganz) Korea als eine Macht unterhalb Japans klassifiziert wäre, und auch der Volksrepublik China Konfliktbereitschaft bedeutet würde. (s. Bildmeldung S. 8) Eine imperiale Substruktur, die in den Fußstapfen träte, die der japanischen Militarismus im Zweiten Weltkrieg hinterlassen hat.

Mit diesem Anspruch reagiert der japanische Staat auf eine neue strategische Situation, die sich aus dem Verlauf der Irak-Intervention ergibt. Die Vereinigten Staaten sind strategisch überfordert. Sie sind nicht in der Lage, den Beistands- und Schutzverpflichtungen, die sie weltweit eingegangen sind, gleichzeitig nachzukommen. Vor diesem Hintergrund baut sich der japanische Staat als regionale Militärmacht mit imperialen Ansprüchen auf.

Eine ähnliche Situation entsteht in Mittel- und Osteuropa angesichts der unklaren Grenze zum Einflussbereich

Russlands. Bereits mit der Forderung nach dem Veto-Recht schafft die BRD einen Herrschaftsraum, der bis an die Grenze Russlands reicht, die bestehenden Wirtschaftsbeziehungen überwölbt und manche Ähnlichkeit mit großdeutschen Expansionsplänen aus dem vorigen Jahrhundert hat.

Deutschland und Japan haben unverkennbar Ambitionen, die zivilgesellschaftlich nicht akzeptabel sind. Sie versuchen, andere Staaten, die gleichberechtigt neben ihnen stehen sollten, hinter sich zu lassen bzw. unter sich zu ordnen. Diese Bestrebungen finden zwar in Sphären verdünnter Machtfülle der wirklich Großen statt, bleiben aber von der Konstellation zwischen diesen abhängig.

In den 50er und 60er Jahren bestand das so genannte „Gleichgewicht des Schreckens“ zwischen den Blöcken, eine Konstellation, die seit dem Niedergang des realsozialistischen Staaten und der Umformung dieser Gesellschaften sowie mit dem wirtschaftlichen Aufstieg vieler Schwellenländer Geschichte ist.

Jetzt stellt sich eine neue Konstellation ein, die mit Kriegen wie dem zur Zerstörung Jugoslawiens eingeleitet wurde. Wie sehen sich die großen Großmächte in dieser neuen Welt? Treffende Auskunft geben dazu große Anstrengungen, die den Staaten große Kosten machen.

Der russische Staat hat angekündigt, seinen Atomraketenpark so erneuern zu wollen, dass jeglicher, z.B. von den USA geplante Schutzschild durchschlagen

werden könnte. Die Vereinigten Staaten testen einen Antrieb für Kampfflugzeuge, der Operationen mit 10-facher Schallgeschwindigkeit erlaubt. Ein solches System wäre geeignet, die Luftwaffe eines jeden Landes auszuschalten bzw. dessen Luftverkehr am Boden zu halten. China hat setzt große Anstrengungen zur Entwicklung seiner Weltraummacht fort. Die militärischen Rüstungen der Großen streben auf die Erneuerung einer strategischen Pattsituation zu. Unter dieser Bedingung werden regionale Machtstrukturen bedeutsamer.

Regionale Machtstrukturen wollen für den regionalen Krieg in der Nachbarschaft von Großmächten gerüstet sein. Wollte z.B. die BRD eine Entwicklung wie in der Ukraine militärisch absichern, müssten konventionelle Kräfte vorhanden sein, die einer Gegenintervention Russlands etwas entgegenzusetzen hätten. Was die BRD mit ihren Bestrebungen will, wird sich nicht zuletzt an der Entwicklung ihrer Rüstung zeigen. Ein ernstes Problem für solche durch und durch abscheulichen Entwicklungen wäre auf jeden Fall die Aufhebung der Wehrpflicht, denn konventionelle Schlagkraft ist personalintensiv, und Krieg an der Grenze zu einem strategisch überlegenen Gegner fordern alle Kräfte. Verweigerung ist deswegen das Gebot der Stunde. Nur eine breit gefächerte Politik der Verweigerung kann das deutsche Staatswesen dazu nötigen, eine andere Perspektive der Ordnung der Beziehungen zwischen den Staaten zu entwickeln. *maf*



ARD Nachrichten vom 10.12.2004: Japan richtet Militärpolitik neu aus

Die konservative japanische Regierung von Ministerpräsident Junichiro Koizumi hat eine Neuausrichtung ihrer Militärpolitik angekündigt. Das Kabinett beschloss einen Fünf-Jahres-Plan für die Verteidigung und neue Richtlinien für Militärstrategien. Dem Beschluss zufolge soll das Embargo für Waffenexporte gelockert werden, damit Japan an einem Programm zur Entwicklung eines Raketensystems gemeinsam mit den USA teilnehmen kann. **Bedrohung durch China ausdrücklich erwähnt.** Begründet wurde dies mit einer von China und Nordkorea ausgehenden potenziellen militärischen Bedrohung. Die Bedrohung durch die Volksrepublik China wird in einem neuen japanischen Weißbuch zur Verteidigung ausdrücklich erwähnt. Zuletzt war ein entsprechendes Weißbuch 1995 veröffentlicht worden. Mit der teilweisen Aufhebung des seit 1976 geltenden Verbots des Waffenexports kann Japan nun Rüstungsteile im Zuge des gemeinsamen Raketenprogramms in die USA ausführen. Das Raketensystem wird seit 1999 entwickelt. (Bild: jap. Streitkräfte)

Carl-Ossietzky-Medaille verliehen

Wie seit 40 Jahren alljährlich verlieh am 12. Dezember die Internationale Liga für Menschenrechte anlässlich des Tages der Menschenrechte die Carl-von-Ossietzky-Medaille an Menschen, die sich um die Verteidigung, Durchsetzung und Fortentwicklung der Menschen- und Bürgerrechte besonders verdient gemacht, sowie an Menschen, die vorbildliche antifaschistische und antirassistische Arbeit leisten. In diesem Jahr hat der Kuratorium der Liga die Ehrung Esther Bejarano, Peter Gingold, Martin Löwenberg und Percy MacLean zuerkannt. Der Präsident der Liga Rolf Gössne, führte in seiner Rede aus:

„Percy MacLean wird für sein aufklärerisches Wirken und seine dem Antidiskriminierungsgebot verpflichtete justizielle Tätigkeit gewürdigt. Oft gegen starke Widerstände aus Behörden und Politik hat er vor allem in Flüchtlingsfragen klare menschenrechtliche Akzente gesetzt. Als erster Direktor des ‚Deutschen Instituts für Menschenrechte‘ hat er sich dafür stark gemacht ..., auch die Menschenrechtslage in Deutschland zu beleuchten – etwa den Umgang mit Flüchtlingen. Das hat ihn letztlich seine Stellung gekostet. (...)“

Esther Bejarano, Peter Gingold und Martin Löwenberg stehen stellvertretend für viele, die in der NS-Zeit aus politischen, häufig aus ‚rassischen‘ Gründen verfolgt worden waren, aktiv gegen das Naziregime gekämpft hatten und dann in der Bundesrepublik wegen ihres antifaschistisch-sozialistischen Engagements kriminalisiert, teils sogar inhaftiert wurden; die sich aber trotz alledem weiter aktiv gegen Rassismus und Neonazismus engagiert haben und, bis ins hohe Alter, immer noch so engagieren – unter anderem in der ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten‘ (VVN-BdA), der alle drei angehören. Heute noch stellen sie sich Nazi-Aufmärschen in den Weg und sind als kritische Zeitzeugen gerade für junge Menschen wertvolle Gesprächspartner.

Indem wir den von allen vier Preisträgern auf unterschiedliche Weise geführten politischen und rechtlichen Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Neonazismus in dieser Gesellschaft ehren, wollen wir ein Zeichen setzen gegen den fatalen Rechtsruck hierzulande, gegen Antisemitismus, Islamophobie und rechte Gewalt.“

Gössner rief u.a. auch zum Widerstand gegen den am 8. Mai 2005, dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, von den Neonazis geplanten und von den Behörden bestätigten Marsch durch das Brandenburger Tor auf. *scc*



Tausende von Waldarbeitern schnitten Apulien am 10. Dezember vom Rest des Landes vollständig ab. Die Protestaktionen gegen die Streichung von 11.000 Waldarbeiterjobs in einer der ärmsten Regionen Italiens, zu denen alle drei Gewerkschaftsbünde aufgerufen hatten, gingen in die Blockade von Autobahnen, Straßen, Fähren, Bahnhöfen, Flughäfen über. Fast alle 11.000 Waldarbeiter beteiligten sich. Die Regierung hat 160 Mio. Euro für Aufforstung, Bewässerung und Landschaftspflege in Apulien gestrichen. Die betroffenen Waldarbeiter, oft Alleinverdiener, haben praktisch keine Chance, eine andere Arbeit zu finden. Zugleich ist mit gravierenden ökologischen Folgen zu rechnen. Die extrem trockene Landschaft würde ohne den Einsatz der Waldarbeiter noch weit mehr Flächenbränden anheimfallen, als es jetzt schon der Fall ist, und auch die Gefahr, dass es bei Unwettern vermehrt zu gefährlichen Erdrutschen kommt, würde drastisch ansteigen. Die protestierenden Waldarbeiter erhielten aus der Region viel Unterstützung, und auch die von der Blockade Betroffenen zeigten trotz erheblicher Wartezeiten, Streichung von Flügen und Zügen vielfach Verständnis. (Quelle: rf, Indymedia, Bild: Indymedia Italien)

Visegrader Gruppe fordert mehr Hilfe für ärmere EU-Mitglieder

Die Premierminister der Visegrader Gruppe, der Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn angehören, vereinbarten auf ihrem Treffen am 8.12. in Warschau, von der EU eine höhere Unterstützung für die ärmeren EU-Länder zu fordern. Dem Beschluss zufolge wird sich Polen bemühen, während des nächsten EU-Gipfeltreffens einen Vermerk in die Finanzpläne der EU für die Jahre 2007 bis 2013 durchzusetzen, in dem verankert wird, dass die „Solidarität der Mitgliedstaaten bei der Verteilung der Finanzmittel innerhalb der EU als Grundlage dient“. Die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirtschaft, so die Premierminister, dürfte nicht auf Kosten des Zusammenhaltes innerhalb der EU gehen. (Quelle: DW)

Serbisch-Orthodoxe Kirche klagt u.a. gegen BR Deutschland

Der serbisch-orthodoxe Bischof von Ras und Prizren, Artemije, hat erklärt, dass die Diözese im Namen der Serbisch-Orthodoxen Kirchen vier Nato-Staaten, darunter Deutschland, Frank-

reich, Großbritannien, beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg anklagen werde. Deren Truppen hätten in Kosovo die Zerstörung serbischer religiöser Stätten seit dem 12. Juni 1999 nicht verhindert. Eine weitere Klage solle vor einem anderen Gericht gegen die USA erhoben werden, da das Gericht in Straßburg für die USA nicht zuständig ist. (Quelle: DW)

Ungarn: Zwei nationalistische Referenden gescheitert

Zwei von der größten Oppositionspartei, der national-konservativen Fidesz (Bund Junger Demokratien) angestrebter Referenden sind – hauptsächlich aufgrund der niedrigen Beteiligung – gescheitert. Die Fidesz hatte ein Referendum für den Stopp der Privatisierung der Krankenhäuser mit einem Referendum für die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft für alle „Auslandsungarn“ gekoppelt. Zwar stimmten 66 bzw. 51% der Teilnehmenden dem Privatisierungsstopp bzw. der doppelten Staatsbürgerschaft zu, da die Wahlbeteiligung jedoch nur 37% betrug, wurde das notwendige Quorum von 25% der Wahlberechtigten verfehlt. Insbesondere in der Frage der doppel-

ten Staatsbürgerschaft für die „Auslandsungarn“ hatte es eine scharfe gesellschaftliche Kontroverse – und heftige Auseinandersetzung mit den betroffenen Nachbarländern – gegeben. Der Vorsitzende des „Weltverbandes der Ungarn“ hatte in dem Zusammenhang sogar eine Neuverhandlung des Friedensvertrages von 1920 gefordert und damit eine Revision der Grenzen ins Spiel gebracht. Beachtenswert ist, dass die politische Rechte Ungarns die Frage der öffentlichen Güter nationalistisch aufgreift. Immerhin hat es ihr nichts genutzt. (Quelle: DW)

Irak: Ein explosives Schrottfeld

57,4 Mio. qm Land wurden zwischen Juni 2003 und Juli 2004 von nicht explodierter Munition gesäubert. Das ist, so die irakische Antiminenbehörde, noch nicht einmal 1% der im Irak verseuchten Fläche. Es gibt 4080 lokalisierte Minenfelder, die eine Fläche von 727 qkm versuchen. Dazu kommt ein 1.274 km langer und 5 km breiter verminter Streifen an der Grenze zu Iran. 1.268 Stellen sind von Streumunition verseucht. Diese Zahlen werden noch steigen, wenn die Datenblätter von 27.000 Luftangriffen ausgewertet sind. Die lebensgefährlichen Waffen und Explosivstoffe befinden sich fast ausschließlich in der Nähe der bevölkerungsreichen Gebiete um Bagdad, im kurdischen Norden und im Süden des Irak. Fast die Hälfte der 25 Mio. Iraker sind stark bedroht. 2.678 Gemeinden müssen mit einem verseuchten Gebiet in weniger als einem Kilometer Entfernung leben. Die Säuberung macht fast ausschließlich im Norden Fortschritte, zum kleinen Teil im Süden. Im ganzen Zentralirak wurde noch gar nichts geräumt. Die Antiminenbehörde kämpft mit fehlenden Kapazitäten und Geldern, mit der Sicherheitslage und der schieren Größe des Problems. (Quelle: WoZ)

USA: Erfolgreiche Referenden für gesetzlichen Mindestlohn

In den beiden US-Bundesstaaten Nevada und Florida sprachen sich 67 bzw. 71% in einem Referendum dafür aus, den Mindestlohn auf 6,15\$ zu erhöhen. Damit liegt er um 1\$ über dem (unverbindlichen) bundesweiten Mindestlohn von 5,15\$. In beiden Bundesstaaten sollen Erhöhungen des Mindestlohns an die Preissteigerungsrate gebunden werden. Ein weiteres Referendum steht im Bundesstaat Arizona an. Dort gibt es bisher keinen gesetzlichen Mindestlohn, und die Kapitalistenverbände haben eine aufwändige Propaganda gegen seine Einführung gestartet. (Quelle: Business Journal)

Zusammenstellung: scc

BERLIN. Noch nie seit Beginn der alljährlichen Waldschadenserhebungen vor über 20 Jahren ging es dem Wald so schlecht. 72 Prozent aller Waldflächen in Deutschland sind erkennbar geschädigt. Während Ministerin Künast am 8.12.2004 bei der Bundespressekonferenz in Berlin die miserablen Fakten referierte, gaben ROBIN WOOD-AktivistInnen gleich nebenan auf eigene Weise ihren Kommentar dazu ab. Vor dem benachbarten Kunstwerk „Parlament der Bäume“ haben sie einen Lkw mit einem großen Banner geschmückt. „Laster vom Pflaster – Wald statt Asphalt“ steht darauf. Künstlicher Qualm quillt aus dem Auspuff und nebelt einige dahinter aufgestellte Bäume ein. ROBIN WOOD fordert als zentrale Maßnahme zum Schutz des Waldes, weniger Güter auf der Straße zu transportieren sowie die für 2005 geplante Lkw-Maut drastisch zu erhöhen und sie nicht nur auf den Autobahnen, sondern auf allen Fernstraßen zu erheben. www.robinwood.de/waldsterben



ThyssenKrupp Hauptversammlung – Antrag kritisiert Kriegsproduktion

BOCHUM. Zur Hauptversammlung der ThyssenKrupp AG am 21. Januar 2005 stellt der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zwei Gegenanträge, mit denen er eine Entlastung des Vorstands und eine Entlastung des Aufsichtsrats verweigert, da diese nach wie vor in Kriegsgeschäften investieren würden. In einem der Anträge heißt es: „Kriegsschiffe aus der Produktion von ThyssenKrupp sind mittelbar auch im völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak zum Einsatz gekommen, der zehntausende Menschen der irakischen Zivilbevölkerung ums Leben brachte. Dies konnte der Vorstand in der Hauptversammlung 2004 nicht leugnen. Trotzdem setzt er weiterhin auf das Waffengeschäft und betont: ‚Unsere Werften sind Marinewerften und werden es auch bleiben.‘ Der Vorstand ignoriert alle weltweiten Friedensbemühungen. Der Vorstand ignoriert den Anspruch der Beschäftigten auf zivile Arbeitsplätze. Der Vorstand ignoriert den Anspruch der Aktionärinnen und Aktionäre auf Dividenden ohne Rüstungsprofite. Auf direkte Nachfrage bestätigt der ThyssenKrupp-Vorstand, dass er Chancen zur Umwandlung der militärischen Produktion in friedliche Geschäfte NICHT nutzt.“

www.kritischeaktionae.de

Zeitungsanzeige „Ja zu Europa, aber Nein zu dieser Verfassung“

FRANKFURT/MAIN. Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat am Wochenende 3.–5. Dezember in Kassel unter anderem eine Erklärung zur EU-Verfassung erarbeitet, deren Text als Anzeige in der Frankfurter Rundschau am 24. Dezember 2004 erscheinen soll. Darin heißt es: „Weil wir ein ziviles und soziales Europa wollen, verlangen wir eine öffentliche Debatte über den Ver-

fassungsentwurf und damit über die Zukunft des Kontinents. Die Menschen in Europa müssen nach einer gründlichen Debatte selbst entscheiden, welche Rolle die Verfassung spielen und welche zentralen Inhalte sie haben soll ... Der vorliegende Verfassungsentwurf ist abzulehnen, damit Europas Zukunft nicht von weiterer Militarisierung der Außenpolitik und der Demontage sozialstaatlicher Substanz bestimmt wird. Abrüstung, nicht Aufrüstung ist das Gebot der Stunde. Wir sagen Ja zu Europa; aber Nein zu dieser Verfassung.“

www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Proteste gegen die Nato-Sicherheitskonferenz 2005 in München

MÜNCHEN. Am 2. Februarwochenende 2005, vom 11. bis 13. Februar, wird in München wieder die alljährliche so genannte Nato-Sicherheitskonferenz stattfinden, am 11.2. zusätzlich eine Finanzierungskonferenz zu Nordafrika Mittelost, organisiert vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Wie in den Vorjahren hat sich auch in



diesem Jahr wieder ein Bündnis zu Protesten gegen diese Tagung der Militärstrategen, Generäle und Rüstungsexperten zusammengefunden. Hier die Aktionsplanung: Am 14./15./16. Januar wird ein Antikriegs-Kongress im DGB-Haus stattfinden. Am 11. Februar läuft der 1. Aktionstag, an dem um 17 Uhr Proteste gegen die Finanztagung des BDI laut werden und um 19.30 Uhr eine Friedenskonferenz im Alten Rathaus organisiert ist. Für den 12. Februar rufen alle Gruppen zu einer internationalen Demonstration ab Marienplatz auf.

www.muenchner-friedensbueundnis.de

Wurzener Firmen wehren sich gegen die rechte Szene in der Stadt

WURZEN. „STOP – Extremisten schaffen keine Arbeitsplätze“: Mit diesem Slogan auf 170 Plakaten beziehen Wurzener Unternehmen seit dem 6.12.2004 Position zum Anschlag vom 6./7. November in Wurzen. Auf einer Pressekonferenz in den Räumen der World Resources Company GmbH stellte Ulrich Heß, Vorsitzender der Standortinitiative Wurzen (SiW), den öffentlichen Aufruf vor und berichtete über das Ergebnis der jüngsten Unterschriftensammlung gegen Gewalt. Demnach unterzeichneten etwa zehn Prozent der Stadtbewohner, genau 1321 Wurzener, die Listen, die kurz nach dem Rohrbomben-Anschlag auf das Büro des Netzwerkes für Demokratische Kultur, der Amal Opferberatung und des Mobilien Beratungsteams in Umlauf gebracht wurden. Bis 3. Januar wird die A 3-Botschaft das Stadtbild zieren und keine Eintagsfliege bleiben. Denn die Unternehmen, 18 gehören derzeit der SiW an, planen darüber hinaus weitere Projekte. So wollen die Firmen stärker in Kontakt mit Schulen kommen, erklärte Heß. Zum Beispiel durch eine Praktikumsbörse, die bis März auf der Internetseite des Vereins erscheine. Wurzens Oberbürgermeister Jürgen Schmidt begrüß-

te gegenüber den Medienvertretern den Vorstoß der hiesigen Betriebe. Er sei stolz darauf, dass die regionale Wirtschaft vor die Werkstore trete.

Die zuständige Polizei in Grimma hat nach eigenen Angaben noch keine Hinweise, wer die zwei Sprengsätze an einem Fenster und der Tür des Vereins gezündet hat. Bei dem Anschlag in der Nacht zum 7. November wurde niemand verletzt, auch das Innere des Büros blieb unversehrt. Eine Sonderkommission des Landeskriminalamts ermittelt in der rechtsradikalen Jugendszene. Wurz gilt als eine Hochburg der NPD; die Partei hatte bei den Kommunalwahlen im Juni 2004 11,8 Prozent erreicht.

www.ndk-wurz.en.de

Antrag: „München sagt Nein zu Rechtsextremismus und Rassismus“

MÜNCHEN. Die Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste hat beantragt, gegen das drohende rechtsextremistische Bündnis zu den Bundestagswahlen 2006 eine städtische Kampagne durchzuführen. Ziel soll es nach den Worten von Fraktionschef Siegfried Benker sein, dazu beizutragen, dass das geplante rechtsextremistische Wahlbündnis von DVU, NPD und rechtsextremen Kameradschaften 2006 in München und bundesweit keine Chance hat, die 5%-Hürde zu überspringen. Die Kampagne unter dem Motto „München sagt Nein zu Rechtsextremismus und Rassismus“ soll alle relevanten Organisationen einbinden, die sich in diesem Sinne engagieren wollen und die besondere Rolle Münchens im aktuellen Gefüge des neuen rechtsextremistischen Zusammenschlusses und als ehemalige „Hauptstadt der Bewegung“ öffentlich bewusst machen. Vor allem in Schulen, Freizeitanstalten und anderen offenen Einrichtungen der Jugend- und Sozialarbeit soll der Rechtsextremismus verstärkt thematisiert werden.

Siegfried Benker: „Zum erstenmal seit langem rechnen sich die Rechtsextremisten durch ein Wahlbündnis von NPD und DVU Chancen aus, den Einzug in den Bundestag zu schaffen. Ob sie das schaffen, wird nicht zuletzt von ihren Ergebnissen in den alten Bundesländern abhängen. Hier setzt die Überlegung einer städtischen Kampagne an, die deutlich machen soll: München wählt demokratisch – eine Stadt sagt Nein zu Rechtsextremismus und Rassismus. Die Kampagne soll bewusst machen, dass Neonazis niemals Teil des demokratischen Prozesses sein können, sondern im Gegenteil die Abschaffung der Demokratie anstreben. München, wo einer der Hauptgeldgeber des rechtsextremen Wahlbündnisses für 2006 sein Zentrale hat, hat als ehemalige ‚Hauptstadt der Bewegung‘ eine besondere Verpflichtung, rechtsextremen Tendenzen und Gefahren entgegenzu-

treten – entsprechend sollten Angebote vor allem – aber nicht nur – im öffentlichen Raum die Verbrechen des Nationalsozialismus in München in Erinnerung rufen.“

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Jugendvideo „Was den Deutschen in der Seele weh tut“ tut NPD weh

WUPPERTAL. Mit Schreiben vom 1. Dezember 2004 verlangt der Bundesgeschäftsführer der NPD die Einstellung des Vertriebes der Wuppertaler Jugendvideoproduktion „Was den Deutschen in der Seele weh tut. Eine Reportage über den Einzug der Republikaner in den Wuppertaler Stadtrat“. Dieser Film wurde von zwei jungen Frauen unter Anleitung eines Medienpädagogen im Rahmen eines Videoworkshops produziert. Anschließend wurden ca. 500 DVDs in Wuppertal für Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereine als Mittel zur politischen Bildung kostenlos zur Verfügung gestellt und so von mehreren Tausend Jugendlichen gesehen. Auch die grüne Ratspartei kaufte 80 DVDs und verteilte diese zur Aufklärung an alle Wuppertaler Stadtverordneten im Rat. Dass sich der Bundesgeschäftsführer der NPD gegen einen lokal vertriebenen Film zur Aufklärung über Republikaner in Wuppertal wehrt, weist nach Meinung des Medienprojektes Wuppertal gerade auf die im Film behauptete Zusammenarbeit der rechten Parteien hin. *www.medienprojekt-wuppertal.de*

Einführung von Schuluniformen in Brandenburgs Schulen umstritten

POTSDAM. Die CDU unterstützte am 8.12.2004 den Vorstoß der Potsdamer Max-Dortu-Grundschule, bis Ende 2005 eine Schulkleidung einzuführen. Dagegen warnten SPD und PDS, dass einheitliche Kleidung noch lange keine Chancengleichheit schaffe. Die Schüler der Max-Dortu-Grundschule sollen ein Polohemd, ein T-Shirt und eine Allwetterjacke erhalten. Es werde allerdings jedem Schüler freigestellt, ob er die Schulkleidung auch anziehe, hieß es. In Brandenburg gibt es nach Auskunft des Bildungsministeriums bislang noch keine Bildungseinrichtung mit Schuluniform. „Gerade an der Kleidung der Schüler ist häufig deren soziale Herkunft zu erkennen“, sagte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Ingo Senftleben. „Eine einheitliche Schulkleidung kann hier einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden an den Schulen leisten.“

Die Bildungsexpertin der SPD-Fraktion, Ingrid Siebke, kritisierte: „Durch Schuluniformen und optische Gleichmacherei lösen wird kein einziges Problem.“ Jugendliche sollten die Chance haben, ihre Individualität auch durch Kleidung zu zeigen. Mit Zustimmung

der Schüler, Eltern und Lehrer könnten Schulen aber durchaus einheitliche Schulkleidung einführen, wenn dies zur Identifikation beitrage. Die bildungspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Gerrit Große, kritisierte: „Solange das Schulsystem nicht in der Lage ist, Benachteiligungen von Kindern, die aus sozialer Herkunft resultieren, auszugleichen, kann die Kleidung höchstens die Probleme verschleiern.“

Quelle: MOZ, www.inforiot.de

Unterschriften gegen Schulreduzierungen und Schulschließungen

HAMBURG. Eltern und Schülerrat der integrierten Gesamtschule Steilshoop beteiligten sich an der Aktion der GEW gegen Schulschließungen und Schulreduzierungen in Hamburg. Am 7.12.2004 übergaben die von der Schließung und Reduzierung betroffenen Schulen ihre Stellungnahmen an die Behörde für Bildung und Sport. Die integrierte Gesamtschule, die nach dem Referentenentwurf ihre Oberstufe aufgeben muss, reichte zusätzlich noch eine Dokumentation ihrer Proteste gegen die unsoziale und bildungsfeindliche Politik des Senats ein. So kann der Elternrat der integrierten Gesamtschule Steilshoop Listen mit Unterschriften von über 2000 Bürgern vorweisen, die die Einschätzung der schulischen Gremien teilen, dass die Aufgabe der Sekundarstufe II nicht nur eine Katastrophe für eine ambitionierte Bildungspolitik ist, sondern auch den Stadtteil in seiner sozialen Struktur um Jahrzehnte zurückwirft.

Lokalberichte Hamburg

SchülerInnen fordern Mut für grundlegende Bildungsreformen

DÜSSELDORF. Anlässlich der zweiten Pisa-Studie fordert die nordrhein-westfälische LandeschülerInnenvertretung (LSV) am 7. Dezember 2004 von der Landesregierung Mut zu grundlegenden Reformen im Bildungswesen. Im Rahmen der aktuellen PISA-Diskussion unter den SchülerInnen hagelt es Vorschläge von allen Seiten. Daraus erstellte die LSV den folgenden 10-Punkte-Katalog: „1. Flächendeckende Einführung von Ganztagschulen. 2. Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem und seiner frühen Selektion und Einführung eines integrativen Schulsystems. 3. Ausweitung der öffentlichen Investitionen in die Bildung. 4. Kostenlose, unbegrenzte staatliche Bildung für JedeN. 5. Kleinere Klassen. 6. Einbindung von BerufspädagogInnen in den Schulalltag. 7. Leseförderung. 8. Individuelles Fördern und Fordern. 9. Renovierung, Umgestaltung und Neuausstattung von Schulgebäuden. 10. Reformierte LehrerInnen Aus- und Fortbildung.“

www.lsvnw.de

Zusammenstellung: baf

Jump Plus: Was ist mit den aus dem Sozialhilfebezug Gedrängten geschehen?

MANNHEIM. Am 27. Juli konfrontierten Mitglieder von attac den Mannheimer Gemeinderat und die Verwaltungsspitze vor der Gemeinderatssitzung in N 1 mit heftiger Kritik an den Mannheimer Pilotprojekten zur Umsetzung von Hartz IV / SGB II / Arbeitslosengeld II. Im Zentrum der Kritik, die zuvor auch auf einer Veranstaltung der Linken Liste mit Harald Thomé von „Tacheles“ vorgetragen wurde, steht das Programm „Jump Plus“ mit erwerbsfähigen BezieherInnen von Arbeitslosen- und/ oder Sozialhilfe im Alter 18 bis 24 Jahre, das bezwecke, möglichst viele der jungen Menschen aus der Sozialhilfe zu drängen.

Auf diese Kritik nimmt nun das Sozialdezernat Bezug. Man habe recherchiert, wo diese Personen abgeblieben seien, und es ergebe sich „ein völlig anderes Bild als jenes, das von verschiedenen Organisationen im Juli 2004 in die Öffentlichkeit lanciert wurde. Mannheim drängt mit dem Programm Jump Plus keineswegs wie behauptet über die Hälfte der unter 25-Jährigen aus der Sozialhilfe!“ (Gemeinderatsvorlage 601/2004, S. 21).

Pilotprojekt „JumpP“ – großes Verarmungsprogramm?

Zur Erinnerung: Es handelt sich bei Jump Plus (JumpP) um ein Programm, das seit Juli nun auch mit 2,3 Mio. Euro Sondermitteln des Bundes als „Pilotprojekt 1000 x Jump Plus“ geführt wird. Es sollen dort Arbeitsmethoden für die in Gründung befindlichen „Arbeitsgemeinschaften“ (Zusammenlegung Arbeitslosen- und Sozialhilfe) von Arbeitsagentur und kommunaler Sozialverwaltung entwickelt werden, und das speziell für Menschen unter 25 Jahren. „Für das BMWa (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) hat es die Funktion einer ‚Blaupause‘ für ein künftiges ‚Job Center U 25‘ mit leistungsfähigen Kooperations- und Netzwerkstrukturen, die eine Orientierung für andere Kommunen zum Aufbau solcher Strukturen bietet.“ (a.a.O. S. 6)

Die Kritik an „Jump Plus“ zieht sich seither durch viele Redebeiträge auf den Mannheimer Montagsdemonstrationen, sie ist in der „Zeitung gegen Sozialabbau“ enthalten, eigentlich allgegenwärtig und unüberhörbar.

Thomé's Kritik setzt sich mit der Zwischenbilanz des Sozialdezernates

zu Jump Plus vom April 2004 auseinander. In der Bewertung des Sozialdezernates hieß es u.a.: „Das Sonderprogramm zeigt Wirkung. Die Zielgruppe für das Programm Jump Plus hat sich halbiert. Ziel ist es, den Zugang junger Menschen in die Sozialhilfe zu verhindern oder ihren Verbleib in der Sozialhilfe zu beenden.“ Hinterlegt wurde die Feststellung mit folgenden Zahlen:

1100	100,0%	Personen von 18 bis 24 Jahren wurden zu Jump Plus herangezogen
275	25,0%	sind nicht zum ersten Vorstellungstermin gekommen
101	9,1%	haben eine vermittelte Beschäftigung nicht angetreten
176	16,0 %	haben eine Beschäftigung wieder abgebrochen
552	50,1%	wurden mit dem Sonderprogramm aus der Sozialhilfe gedrängt

Thomé leitet daraus die Anklage ab: „Die Damen und Herren aus der Stabsstelle Sozialhilfe machen sich keinen Gedanken zu dem ‚Verbleib‘ der 552 Personen und der jungen Erwachsenen, die trotz Not und Bedürftigkeit aufgrund der rigiden Praxis gar nicht erst Sozialhilfe beantragt haben. Über den Verbleib der jungen Erwachsenen kann man nur spekulieren.“

Nun also die Antwort des Sozialdezernates in der Informationsvorlage 601/2004 vom 15.11.04 „1000 x Jump Plus – Zwischenbericht zur Umsetzung des Pilotprojekts“.

Danach wurden bis Ende Oktober 1.244 unter 25-Jährige in das Sonderprogramm „von der Anlaufstelle Junges Mannheim eingeladen“.

Davon haben nach Angaben der Verwaltung 500 an einem „Profiling“ zur „Feststellung der Förderbedarfe“ beim zuständigen Konsortium aus freien Wohlfahrtsträgern teilgenommen.

Ca. 300 konnten in betriebliche oder betriebsnahe Ausbildung, Studium, Zivildienst, -Selbstständigkeit oder Arbeit vermittelt werden.

„Aufsuchender Dienst“

Ca. 400 jedoch flogen bis Mitte Oktober aus dem Programm heraus. Dazu heißt es in dem Bericht: „Der ‚Aufsuchende Dienst‘ kümmert sich um diejenigen, die vom Förderangebot Jump Plus zunächst keinen Gebrauch machen. Ein nicht unerheblicher Teil junger Menschen hat plausible Gründe geltend gemacht, warum sie aktuell keine Erwerbstätigkeit aufnehmen können.“ (a.a.O. S. 5)

Im einzelnen habe der „Aufsuchende Dienst“ (Träger ist die Caritas) von der „Anlaufstelle Junges Mannheim“, wo sich zu JumpP „Eingeladene“ melden müssen, 412 Personen genannt bekommen, die zur Zielgruppe gehören, sich aber nicht gemeldet haben; davon konnten 193 trotz mehrfacher Versuche noch nicht kontaktiert werden. Mit knapp der Hälfte der zugewiesenen, aber nicht bei der Anlaufstelle erschienenen Personen hat der Aufsuchende Dienst also noch ein großes Stück Arbeit vor sich, wenn er es ernst nimmt mit dem Anspruch, die „Herausgefallenen“ bzw. Untergehtenen, die der Forderung zur Zusammenarbeit nicht gefolgt sind, nun trotzdem zu fördern. Die finanzielle Ausstattung des Aufsuchenden Dienstes dürfte ja durch die eingesparten Sozialhilfekosten mehr als gedeckt sein.

Immerhin spricht der Bericht von der Planung von Förderangeboten, die sich aus den Rechercheergebnissen ableiten ließen:

- Spezielle Programme für Sprachanfänger mit fehlender Lernmotivation bzw. mit bestehender Lernbehinderung
- Verbindliche Entschuldungsprogramme für Jugendliche (ca. 60% der JumpP-Zielgruppe ist verschuldet, ca. 30% mit „ausdrücklichem Bedarf zur Schuldenregulierung“)
- Sozialpädagogische Betreuung und Begleitung für Jugendliche, „die sich aktuell in einer Überforderungssituation befinden“
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte für die jungen Mütter (und Väter), „die flexible Teilzeitregelungen möglich machen und eine zuverlässige Kinderbetreuung vermitteln oder anbieten“.

Einige Überlegungen für den weiteren Anti-Hartz-Widerstand

1. Der Einblick, den der Bericht des Sozialdezernates für den Gemeinderat bzw. Sozialausschuss in die Umsetzung der Pilotprojekte „1000 x Jump Plus“ gibt, bestätigt viele Befürchtungen: Es handelt sich um eine groß angelegte Verwandlung von Leistungsempfängern in regulierte, dirigierte, kontrollierte Klientelschaft, die vor der Wahl steht, sich zu unterwerfen oder zu hungern – und oft genug wird beides gleichzeitig eintreten. Dieses System wird – erst mal in Fahrt gekommen – Auswirkungen auf den „normalen“ Arbeitsmarkt haben.



Diese Kritik muss möglichst konkret auf Erfahrungsberichte gestützt werden und von der „Unterstellung“ zur Tatsachenkritik weiterentwickelt werden.

2. Man sollte sich in der Kritik von Hartz IV / ALG II nicht dazu verleiten lassen, die „gute alte Sozialhilfe“ in der Verteidigung zu idealisieren. Die Not, auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, ist und bleibt in den meisten Fällen ein Skandal. Die Rhetorik von Hartz IV setzt mit ihrem „Fordern und Fördern“ an diesem Punkt an. Dies gilt besonders für das JUMP-Programm. Denn die Arbeits- und Perspektivlosigkeit junger Menschen ist ein herausragender Skandal. Hier liegt sicherlich auch eine der Ursachen für die teilweise recht verhaltene Hartz-IV-Kritik in den Gewerkschaften.

3. Die Umsetzung des ALG II wird in einem Dreieck aus der zentralistisch gesteuerten Agentur für Arbeit, der kommunalen Sozialverwaltung, die immerhin durch den Gemeinderat kontrollierbar ist, und last not least der freien Wohlfahrtsträger stattfinden – eine für wahr unübersichtliche Konstruktion. Bei aller grundsätzlicher Kritik an Hartz IV und den gesellschaftlichen Verhältnissen, die die Massenarbeitslosigkeit hervortreiben, wird es höchste Zeit, sich trotzdem auch in die konkrete Umsetzung einzuschalten: Welche Kriterien werden angelegt (z.B. „erwerbsfähig“)? Wie arbeitet und wie qualifiziert ist z.B. der „Aufsuchende Dienst“? Wo bleibt die „Förderung“ und wie sieht sie aus? Gibt es eine vorgerichtliche Beschwerdeinstanz?

Dass öffentlicher Druck seine Spur im Verwaltungshandeln hinterlässt, kann man dem hier vorgestellten Zwischenbericht deutlich entnehmen. Solche Erfahrungen sind für die Anti-Hartz-IV-Bewegung wichtig. Denn der Schwur allein, montags auf dem Platz zu stehen, „bis Hartz IV weg ist“, dürfte eine allzu lange und statische Unternehmung sein.

tht

Klagen sächsischer Landkreise gegen Hartz IV: BAD HERSFELD. Zu der am 8.12.2004 bekannt gewordenen Absicht der Landkreise Torgau-Oschatz, Weißeritzkreis und Sächsische Schweiz, gegen die unzureichende Finanzausstattung bei der Umsetzung des Hartz-IV-Gesetzes den Klageweg im Verwaltungsrechtsweg und/oder vor dem Bundesverfassungsgericht zu beschreiten, sagt Dr. Michael Friedrich, Kommunalexperte der PDS-Landtagsfraktion: „Dieser Schritt ist ausdrücklich zu begrüßen. Ich erwarte, dass sich auch noch die anderen Landkreise und die kreisfreien Städte dieser Klage anschließen. Schließlich kann in keiner der insgesamt 29 kommunalen Gebietskörperschaften, die das Hartz-IV-Gesetz umsetzen müssen, auch nur im entferntesten mit der von der Bundesregierung versprochenen finanziellen Entlastung gerechnet werden. Viel eher ist davon auszugehen, dass im Jahr 2005 in den Kommunalhaushalten Millionenlöcher entstehen, weil die Anteile des Bundes an den Unterkunftskosten (29,1 Prozent), die Sonderbundesergänzungszuweisungen (238 Mio Euro) und die Mittel, die der Freistaat Sachsen durch den Wegfall des besonderen Mietzuschusses einspart und die er gemäß jüngst wiedergefundenem ‚FAG-Kompromiss‘ wahrscheinlich an die Landkreise und Kreisfreien Städte weiterleiten wird (50 Mio Euro), nicht ausreichen werden. Trotz Revisionsklausel im Gesetz, die den Kommunen Mehraufwendungen später erstatten will, müssen zunächst die Landkreise und Kreisfreien Städte im Interesse der Betroffenen für die realen Kosten für Unterkunft und Heizung wie auch für Personalkostenzuschüsse in Vorleistung gehen.“

pds-sachsen.de

Kommunen rechnen mit weniger Ein-Euro-Jobs: BONN. Anders als die Bundesregierung hält der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) im nächsten Jahr nur „eine Zahl von über 100.000 Ein-Euro-Jobs für realistisch“. Dagegen geht Wirtschaftsminister Wolfgang Clement von 600.000 Jobs aus, die Bundesagentur für Arbeit hält 350.000 für möglich. Es gebe sicher großen Bedarf in Kitas, Schulen oder bei der Altenbetreuung, sagte DStGB-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der Berliner Zeitung. Eine Kernfrage werde aber sein, ob man genügend Zusatzjobs finde, „ohne den ersten Arbeitsmarkt zu beeinflussen“. „Wenn sie anfangen mit solchen Leuten auch städtische Gebäude zu pflegen oder Grünanlagen, darf das dem örtlichen Handwerk keine Konkurrenz machen“, sagte er. Deshalb seien die Zusatzjobs „nicht endlos ausdehn-

bar“. Das eigentliche Ziel der Reform, nämlich mehr Stellen zu schaffen, hänge von den kommunalen Investitionen ab. „Die Investitionskraft der Kommunen muss gestärkt werden, damit wir endlich auch auf dem ersten Arbeitsmarkt Jobs schaffen.“ Wichtig sei deshalb, dass die Kommunen durch die Hartz-IV-Reform finanziell entlastet würden. „Ich vermute aber, es wird sehr, sehr schwer werden, dass die 2,5 Milliarden Euro, die uns vom Bund als Entlastung versprochen wurden, tatsächlich bei den Kommunen ankommen“, sagte er. Er stellte auch in Zweifel, dass die vom Bund bisher zur Verfügung gestellten Mittel tatsächlich ausreichen werden. „Wir sind schon dabei, Daten zu sammeln, und ich gehe davon aus, dass der Bund im Rahmen der Revisionsklausel möglicherweise zusätzliche Leistungen erbringen muss, damit es tatsächlich zu einer Entlastung kommt.“

www.dstgb.de

Beirat zur Umsetzung von Arbeitslosengeld II: BAD HERSFELD. Die flächendeckende Einrichtung von Beiräten in den Arbeitsgemeinschaften zur Umsetzung des Arbeitslosengeldes II und bei den optierenden Landkreisen in Hessen hat am 7.12.2004 in Bad Hersfeld der hessische DGB-Vorsitzende Stefan Körzell gefordert. Während einer Fachtagung der Mitglieder der Verwaltungsausschüsse der hessischen Arbeitsagenturen äußerte Körzell die Befürchtung, dass dies nicht überall der Fall sein wird. Offensichtlich werde hier nicht mit offenen Karten gespielt und die Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes nicht in den Beiräten vertreten sein, wie es § 18 im Sozialgesetzbuch nahe lege.

www.hessen.dgb.de

Mobilitätsticket erhalten und soziale Spaltung verhindern: KÖLN. In der Gruppe der klassischen Sozialhilfe verbleiben nur noch 11.000 Personen. Ca. 30.000 wechseln in die Gruppe der erwerbsfähigen Personen. Zu dieser Gruppe stoßen die ehemaligen Arbeitslosenhilfebezieher. Zusammen bilden sie eine Gruppe von ca. 53.000 Menschen. Alle 64.000 fallen somit unter Sozialgesetzbuch II und XII und beziehen Geld auf Sozialhilfeniveau. Vermutlich werden SPD und CDU jetzt hergehen und den Mobilitätspass nur für die 11.000 Bezieher der klassischen Sozialhilfe (jetzt SGB XII) erhalten wollen. Die PDS Offene Liste beantragte für die Ratssitzung am 16.12., dass der Mobilitätspass verlängert wird und zwar für alle Bezieher nach Sozialgesetzbuch II und XII.

www.pds-koeln.de/ratsgruppe
Zusammenstellung: baf

Baden Württembergs Regierungsparteien gegen mehr Bürgermitsprache in Gemeinden

Die Regierungsparteien von CDU und FDP wollen keine wirklichen Verbesserungen bei Bürgerentscheiden in Gemeinden und Landkreisen im Land, so das Fazit der Gespräche des Bündnisses für Mehr Demokratie mit den Landtagsparteien. DGB-Landeschef Rainer Bliesener nennt daher die derzeit geplante Reform eine „Mogelpackung“: „Kleinen Verbesserungen stehen Einschränkungen an anderer Stelle gegenüber.“ Die Gesprächsteilnehmer bekamen den Eindruck, dass Teile der Koalitionsfraktionen Angst vor den Bürgerinnen und Bürgern haben. Die Vorbereitung von Bürgerbegehren bietet nach Meinung des Bündnisses die Chance, sachlich Pro- und Contra-Argumente öffentlich auszutragen und zur Abstimmung zu stellen. Wer sich dem verschließt, darf auf der anderen Seite nicht über Parteien- und Politikverdrossenheit klagen. Der Sprecherkreis des Bündnisses will deshalb dem Bündnis die Erarbeitung eines eigenen Gesetzesentwurfs vorschlagen. Dieser soll Grundlage eines Zulassungsantrags für ein landesweites Volksbegehren sein, falls die Regierungskoalition nicht noch weitere Zugeständnisse für eine verbesserte Bürgerbeteiligung macht.

In den letzten sechs Monaten hat das Bündnis aus 20 landesweit tätigen Or-

ganisationen Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden von CDU und Grünen, dem Landtagsvizepräsidenten und dem AK-Innenpolitik der SPD sowie dem innenpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion geführt. Ziel war eine Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen für Bürgerentscheide im Land. Während SPD und Grüne ihre Unter-



stützung für die Vorschläge des Bündnisses für mehr Bürgermitsprache bekundeten, zeigten die Regierungsparteien CDU und FDP wenig Reformbereitschaft.

Dabei besteht nach Ansicht des Bündnisses eklatanter Handlungsbedarf: Baden-Württemberg ist bei der direkten Bürgermitsprache im bundesweiten Vergleich zusammen mit dem Saarland

und Berlin das Schlusslicht. Zwei Drittel aller Bürgerbegehren bleiben nach einer Untersuchung des Vereins für Mehr Demokratie im Verfahrensgestrüpp der Landesgesetze hängen und führen statt zu bürgerfreundlichen Entscheidungen zu Bürgerfrust.

Selbst die wenigen, von der Regierung ins Auge gefassten, Änderungen bedeuten noch nicht unbedingt eine Verbesserung der Situation. „Offenbar möchte die Regierungskoalition die spannendsten Fragen der Gemeindepolitik der Mitsprache der Bürger entziehen“, kritisiert der Landesvorsitzende des Naturschutzbundes NABU, Stefan Rösler. Will doch die CDU die Bebauungspläne als zentrales Thema der kommunalen Selbstverwaltung in einen so genannten Negativkatalog aufnehmen, der für Bürgerentscheide tabu sein soll – eine klare Verschlechterung zur jetzigen Situation. Viele Bürgerentscheide der Vergangenheit, wie z.B. der in Hausen (Landkreis Lörrach) über die Ausweisung eines Golfplatzes (1998) oder der in Vöhringen (Landkreis Rottweil) über die Ausweisung eines regionalen Gewerbegebietes (2000), wären so künftig selbst nach einer entsprechenden Änderung der Hauptsatzung per Gemeinderatsbeschluss nicht mehr möglich. In Bayern waren Bebauungspläne in den vergangenen Jahren gar das häufigste Bürgerbegehrens-Thema überhaupt. „Der geplante Negativkatalog ist ein klares Signal gegen Bürgerbeteiligung und Ehrenamt“, warnt der NABU vor einer Förderung der ohnehin schon besorgniserregenden Politikverdrossenheit durch die Regierung.

Auch die vom Bündnis geforderte Einführung von Bürgerentscheiden in den Landkreisen, die in Rheinland-Pfalz, Hessen, Sachsen oder Bayern schon viele Jahre praktiziert wird und die Zweiklassengesellschaft in Stadt- und Landkreisen beenden soll, lehnt die CDU bislang ab.

Ebenso beim so genannten Abstimmungsquorum zeigt die Regierungskoalition wenig Reformbereitschaft. Während in Bayern ein Bürgerentscheid bereits gültig ist, wenn die Mehrheit der Abstimmenden je nach Einwohnerzahl 20 bis 10 Prozent der Stimmberechtigten umfasst, sollen hierzulande mindestens 25 Prozent der Bürgerinnen und Bürger den entsprechenden Vorschlag unterstützen. Dies wäre zwar gegenüber der heutigen Rechtslage, die ein Zustimmungsquorum von 30 Prozent vorsieht, eine Verbesserung, räumt Rein-

Bürgerantrag des Sozialen Netzwerks Stuttgart. Kurz gesagt: OB will nicht

Am Donnerstag, 16.12., wird der vom Sozialen Netzwerk gestellte Bürgerantrag im Gemeinderat verhandelt. Dieser Bürgerantrag fordert, dass die Hauptsatzung der Stadt Stuttgart so geändert wird, dass Bürgerentscheide über die „Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen“ und die „Kommunalisierung und Rekommunalisierung privatisierter Dienste“ zulässig werden. Das ist die Reaktion auf u.a. den Verkauf der Energie- und Wasserversorgung, auf die Privatisierung städtischer Dienste und die weiteren Privatisierungspläne der Stadtratsmehrheit. Würde der Bürgerantrag des Sozialen Netzwerks vom Gemeinderat angenommen, könnten über diese Fragen in Zukunft alle Wahlberechtigten abstimmen.

Der Beschlussantrag für die Gemeinderatssitzung, den OB Schuster unterschrieben hat, sieht vor:

1. Der Bürgerantrag ist zulässig, er erfüllt die gesetzlichen Vorgaben, d.h. der Gemeinderat muss ihn behandeln.
2. Der Bürgerantrag soll vom Gemeinderat abgelehnt werden. Die Begründung für die Ablehnung ist, durch den Bürgerantrag solle der Bürgerentscheid „pauschal auf alle Entscheidungen ausgedehnt“ werden. Dass das nicht stimmt, sieht man aus dem Text des Bürgerantrags. Es geht ja um ganz konkrete Fragen, nämlich um Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Aber gerade das will der OB nicht die Bevölkerung entscheiden lassen.
3. Der OB will vom Gemeinderat Zustimmung zu den Verrenkungen, mit denen er sich aus dem Wahlkampfversprechen, er wolle einem Bürgerentscheid zu Stuttgart 21, herauswinden will ...

(ulk)

Aus Kommunale Berichte Stuttgart, gekürzt

hard Hackl vom Verein „Mehr Demokratie“ ein. „Misserfolg und Frust sind aber weiter vorprogrammiert, denn so wird es auch in Zukunft viele Abstimmungen geben, die zu keinem gültigen Ergebnis führen. Tausende von Bürgern gehen, wie vor einem Jahr in Konstanz, zur Abstimmung und nachher war die ganze Mühe umsonst“, so Hackl. Dies sei umso unverständlicher, da viele Bürgermeister und Oberbürgermeister mit der Unterstützung von weniger als 25 Prozent der BürgerInnen ins Amt gewählt werden. Diese Wahlen seien dagegen immer gültig. Nach Meinung des Bündnisses sollten mit einer Absenkung des Quorums die Bürger belohnt werden, die sich am demokratischen Willensbildungsprozess beteiligen und nicht eine Meißlatte aufgelegt werden, die bürger-schaftliches Engagement ausbremst.

Ein kleines Entgegenkommen signalisierte die CDU bei der Frist für Bürgerbegehren gegen Gemeinderatsbeschlüsse. Hier kann sich die CDU eine Verlängerung der Frist von vier auf sechs Wochen vorstellen.

Die FDP hatte bei den Gesprächen keine eigenen Positionen in allen diesen vorgenannten Punkten formuliert.

Vor dreieinhalb Jahren hatten CDU und FDP in ihrer Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass die Themeneinschränkungen bei den Bürgerentscheiden wegfallen sollen. Trotz vielfacher Ankündigungen ist bis heute nichts geschehen. Die zeitliche Verzögerung und die Herausnahme der Bebauungspläne zeige, wie wenig ernst es der Koalition mit der Bürgermitsprache ist, betont Hackl. Er lobt, dass die Regierungsparteien sich die Zeit genommen haben, die inhaltlichen Forderungen des Bündnisses anzuhören. Inhaltlich hätte es dagegen bislang nur geringe Fortschritte gegeben.

Grundlage des Gesetzentwurfes, den das Bündnis nun erarbeiten will, ist die Rechtslage in Bayern. Nach dortigem Vorbild sollen in Baden-Württemberg

- die Themeneinschränkung für Bürgerentscheide fallen,
- Bürgerentscheide in Landkreisen eingeführt werden,
- das Abstimmungsquorum je nach Gemeindegröße auf 20 bis 10 Prozent abgesenkt werden und
- die Frist für Bürgerbegehren von vier auf acht Wochen verlängert werden.

Das Bündnis erhofft sich, dass der Landtag im Gesetzgebungsverfahren noch positive Veränderungen vornimmt, gegebenenfalls soll im Frühjahr der Startschuss für die Unterschriftensammlung für den Zulassungsantrag zum Volksbegehren beschlossen werden. Dann entscheiden die Bürger selbst und nicht mehr der Landtag, ob sie sich weiter mit weniger Mitsprachemöglichkeiten als die Bayern begnügen wollen.

PM mehr demokratie

Strategiediskussion in der IG Metall

„Globalisierung bekämpfen oder gestalten?“

Die folgende Rede des Bezirksleiters der IG Metall Baden-Württemberg, Jörg Hofmann anlässlich einer Vertrauensleutekonferenz liegt zwar schon etwas zurück. Wegen der darin angesprochenen strategischen Probleme (zum Beispiel: Globalisierung bekämpfen oder gestalten) ist sie aber immer noch interessant.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Vertrauensleute sind ein großes Pfund für die IG Metall: Keine Massenorganisation hat ein so weit gespanntes und dichtes Netz von Menschen, die sich in ihr engagieren. In der letzte Wahlperiode haben sich über 13.000 Vertrauensleute, dazu noch fast 12.000 IG Metall Betriebsräte, das sind fast 25.000 Menschen, ehrenamtlich für die über 320.000 Mitglieder in den von der IG Metall in Baden-Württemberg betreuten Betrieben eingesetzt. (...)

Die Rahmenbedingungen unseres Handelns haben sich verändert. Um dies an nur wenigen Beispielen zu benennen:

Die Struktur der Beschäftigten hat sich dramatisch verändert. Der Anteil gut qualifizierter Beschäftigter ist heute auf über 75% der Belegschaften gewachsen. Fast jeder vierte Beschäftigte der M+E-Industrie hat heute in Baden-Württemberg ein Hochschuldiplom. Nur noch jeder 15. Beschäftigte führt einfache Tätigkeiten der unteren Lohngruppen aus. Aber auch die Arbeitsverhältnisse sind nicht mehr alleine durch das dauerhafte Vollzeitarbeitsverhältnis geprägt. Prekäre Beschäftigung, Befristung und Leiharbeit nehmen zu und werden auch zum Handlungsfeld gewerkschaftlicher Interessenvertretung.

Die Internationalisierung der Unternehmen nahm massiv zu. Der Wert von Direktinvestitionen baden-württembergischer Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie im Ausland verzehnfachte sich. Der Anteil des Auslandsumsatzes stieg von einem Drittel auf über die Hälfte des Gesamtumsatzes. Gleichzeitig veränderte sich die Finanzierung dieses enormen Unternehmenswachstums gerade auch baden-württembergischer Unternehmen. Der Kapitalmarkt gewinnt immer mehr an Einfluss und das Denken der Geschäftsführer ist immer weniger durch das Streben nach nachhaltigem Unternehmenswachstum, als durch kurzfristige Renditen, nicht mehr durch Verantwortung für die Arbeitsplätze und Beschäftigten hier, sondern durch die Verantwortung allein gegenüber den Renditeerwartungen der Kapitalmärkte geprägt.

Und ein Drittes: Trug die staatliche Umverteilungspolitik bis in die 80er Jahre zu einer deutlichen Entlastung

der Arbeitnehmerhaushalte bei, so gilt heute, dass seit der deutschen Einigung die Arbeitseinkommen deutlich mehr zur Finanzierung staatlicher Ausgaben beitragen, als dass ihnen durch Transferleistungen zurückfließt. Zusammen mit der anhaltenden Wachstumsschwäche und dem Wandel der Altersstruktur führt dies zu massiven Umbrüchen in der Finanzierung der Sozialsysteme. Die neue Verteilung der Lasten und Risiken zwingt uns, die Frage der Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft neu zu debattieren. Eine Debatte, die weitgehend durch den Mainstream des Neoliberalismus geprägt ist und unsere eigene offensive Positionsbestimmung verlangt.

Veränderungen der Beschäftigungsstruktur, Globalisierung und ein Paradigmenwechsel staatlicher Umverteilungspolitik in Folge der deutschen Einigung und Wachstumsschwäche – damit sind aus meiner Sicht drei wesentliche Veränderungen der Rahmenbedingungen gewerkschaftlichen Handelns beschrieben.

Was konstant ist und bleibt, ist eine anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Sie beträgt aktuell 6,5% in Baden-Württemberg. Nun wissen wir aber seit vorgestern von Herrn Kannegiesser, dass wir uns da täuschen. Es würden 150.000 Arbeitsplätze leer stehen. Ich biete Herrn Kannegiesser an, benennen sie uns diese Arbeitsplätze. Wir können ihm ja von dieser Konferenz ein Fax schicken. Und wir werden ihm versprechen, dass er morgen genügend Bewerber hat. Vorausgesetzt er akzeptiert, dass auch Menschen über 45 noch vermittlungsfähig sind, dass auch Menschen, deren Qualifikation angepasst werden muss, eine Chance auf Einstellung haben. Tatsache ist und bleibt, Arbeitslosigkeit bleibt eine Bedrohung für die Menschen in unseren Betrieben. Und dies umso mehr, je geringer ihr Ausbildungsstand und je älter sie sind. 24.000 arbeitslosen Montiererinnen und Montierern in Baden-Württemberg standen im August 1.300 offene Stellen entgegen.

Lasst mich fünf zentrale Aufgaben unseres Handelns skizzieren, wie ich sie sehe und wo ich den Schwerpunkt unserer Aktivitäten in den nächsten Monaten und Jahren erkenne.

Da ist und bleibt die vornehmste Aufgabe die Bekämpfung der Massenar-

→beitslosigkeit, die Sicherung und Weiterentwicklung des Industrie- und Dienstleistungsstandorts Baden-Württemberg. Wir waren da nicht ohne Erfolg. Baden-Württemberg ist die einzige Region, die einen Zuwachs von Arbeitsplätzen in der M+E-Industrie seit 1995 erlebte und dies nicht trotz, sondern durch eine IG Metall, die selbstbewusst für ihre Mitglieder Leistungen erkämpft, aber auch den Weg für notwendige Reformen in den Arbeitsbeziehungen öffnet. Dafür steht der Qualifizierungs-TV, dafür steht der ERA, dafür stehen unsere Tarifreformen im Bereich der Arbeitszeitgestaltung.

Wir haben keine baden-württembergische Krankheit in unseren Arbeitsbeziehungen, wir haben ein Problem in den Chefetagen und das heißt, kurzfristige Renditeziele stehen vor langfristiger Unternehmensentwicklung. Dies macht uns Sorgen, weil damit an den Grundpfeilern der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Baden-Württemberg gesägt wird.

Wir müssen die politische Standortdiskussion offensiv führen: Die Stärken Baden-Württembergs, die hohe Innovationskraft und die hohe Qualifikation der Beschäftigten, die (noch) gute Infrastruktur in Forschung, Verkehr, Schulen, Hochschulen und Energieversorgung, werden durch Stagnation im staatlichen Handeln und mangelnder Investitionstätigkeit, aber insbesondere durch den wachsenden Einfluss kurzfristigen Renditedenkens, gefährdet.

Markenzeichen der baden-württembergischen Industrie, wie Innovationsfähigkeit und Qualität der Produkte, sind in Frage gestellt. Die liegen gebliebene E-Klasse am Straßenrand, Toll-Collect, dies ist die Spitze des Eisbergs von massiven Qualitätsproblemen und nicht beherrschten Prozessen. Eine Folge einer nur auf kurzfristige Renditen zielenden Unternehmenspolitik, die allein in Kostenkategorien und nicht mehr in der Entwicklung langfristiger Unternehmensstrategien denkt.

Wir brauchen eine offensive Auseinandersetzung um den einzelnen Standort und Betrieb: Wir müssen gegen die oft leichtfertigen Prämissen von Geschäftsführern zur Standortverlagerung und Optimierung der Potenziale am alten Standort entgegentreten.

Bei aller gerechtfertigten Auseinandersetzung um jeden Standort gilt trotzdem, nicht jeder Arbeitsplatz kann und soll hier entstehen, die Welt kann nicht nur von Deutschland aus mit Waren beglückt werden. Ein exportabhängiges Land wie Baden-Württemberg ist auf zahlungskräftige Kunden im Ausland angewiesen, oder anders ausgedrückt mit Blick auf Osteuropa, reiche Nachbarn sind gute Kunden, arme Nachbarn eine hässliche Konkurrenz. Aber wir müssen den damit verbunden Strukturwandel in der Beschäftigung

sozial mitgestalten. Wenn wir der Auffassung sind, dass einfache Produktionsarbeit weiter abnehmen wird, dann ist es ein Skandal, wenn Jahr für Jahr weiter Jugendliche ohne Ausbildung auf den Arbeitsmarkt geworfen werden.

Tatsache ist, dass die Ausbildungslücke auch dieses Jahr wieder größer wird. Wieder werden Tausende Jugendliche in die Warteschleifen sogenannter berufsvorbereitender Jahre gesteckt, statt eine vernünftige Berufsausbildung beginnen zu können.

Lasst mich etwas kürzer auf die weiteren vor uns stehenden Aufgaben eingehen. Da ist das Thema Arbeitszeit.

Wir erleben den Versuch eines rollback der Arbeitgeber in der Arbeitszeitfrage: Sie haben sich in den Häuserkampf begeben.

Neben einzelbetrieblichen oder tariflichen Vorstößen haben sie eine politische Kampagne gestartet nach dem Motto, wenn wir länger arbeiten, können wir mehr anbieten, können wir mehr umsetzen, steigt das Arbeitsvolumen, schaffen wir mehr Beschäftigung.

Dieser falschen Argumentation müssen wir offensiv begegnen und deutlich machen, dass die Verlängerung der Arbeitszeit zum Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen führt und eine weitere Abwärtsspirale in Gang setzt.

Eine weitere vor uns stehende Aufgabe ist die Umsetzung des ERA. Die Arbeitgeber bereiten die Umsetzung generalstabsmäßig vor, sie wollen ERA zur Kostensenkung nutzen. Wir haben ERA gemeinsam als Projekt gestartet, mit dem Ziel einer einheitlichen Vergütung und der Besserstellung gewerblicher Facharbeit. Nun wollen die Arbeitgeber uns die Wurst vom Brot klauen: Statt Besserstellung von Facharbeit träumen sie von massiven Kostensenkungen und schuld daran soll der Tarifvertrag sein. Weil sie zu feig sind den Menschen zu sagen, was sie wollen, ihre Einkommen zu kürzen, soll nun der Tarifvertrag dafür herhalten. Wir müssen diese Strategie offensiv durchkreuzen. Wir müssen sie jetzt und heute stellen, auf Betriebsversammlungen, mit betrieblicher Öffentlichkeitarbeit.

Eine weitere Aufgabe ist die sozialpolitische Reformdebatte, in die wir uns aktiv einmischen müssen. Dafür haben wir die Initiative Arbeitnehmerbegehren gestartet. (Inzwischen wurden etwa 750.000 Unterschriften übergeben, d.Red.)

Ein besonderer Schwerpunkt ist dabei die Veränderung der Beschäftigtenstruktur, die sich auch in der Mitgliederstruktur niederschlagen muss. Wir brauchen hier strategische Ansätze, wie wir die IG Metall in die Mitte der heutigen Beschäftigten rücken. (...)

Du bist nicht verantwortlich für die Welt wie sie ist, aber dafür, wenn sie so bleibt wie sie ist, heißt es in einem Song. Nehmen wir diese Verantwortung auf.

„Ich will den freien Fall der Löhne verhindern“

Interview von Frank Bsirske mit dem Berliner „Tagesspiegel“ am 13.12.2004 u.a. zur Lohnforderung im öffentlichen Dienst

Am kommenden Donnerstag entscheidet Verdi über die Tarifrechtsreform im öffentlichen Dienst. Kommt die Reform?

Ja.

Und Sie wollen keine Nullrunde in der kommenden Tarifrunde?

Auch richtig. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben. Die Tarifrechtsreform und die kommende Tarifrunde sind eng verknüpft, weil die Reform Geld kostet.

Was wollen Sie denn an Lohnprozenten fordern?

Das wird Bestandteil des gesamten Reformpakets, darin gibt es Komponenten zur Arbeitszeit, zur Entgeltstruktur, zur Lohnfindung und Leistungsbemessung. Das gesamte Paket einzuschätzen, ist derzeit noch nicht möglich. Aber sicherlich wird es keine Verlängerung der Arbeitszeit geben und keine Nullrunde.

Es gibt überall Nullrunden, selbst bei VW.

Bei VW gibt es eine Einmalzahlung. Im Übrigen stimmt das nicht mit den Nullrunden. Wir haben in den letzten Wochen Lohnerhöhungen etwa bei der Post, den Banken oder in der privaten Abfallwirtschaft von um die zwei Prozent erreicht. Daran orientieren wir uns.

Was ist aus Ihrer Sicht das Wichtigste bei der Reform des öffentlichen Tarifrechts?

Das öffentliche Tarifrecht mit derzeit 17000 Eingruppierungsmerkmalen ist das komplizierteste, das es gibt. Wir werden das wesentlich vereinfachen und transparenter machen.

Indem die niedrigste Gehaltsstufe um rund 300 Euro monatlich abgesenkt wird?

Wir kommen nicht umhin, der Entwicklung der Marktbedingungen Rechnung zu tragen. Mit dem niedrigsten Stundenlohn von künftig 7,86 Euro orientieren wir uns am Tarifvertrag der Gebäudereiniger. Es geht doch darum, für die Menschen, die zum Beispiel im Reinigungsdienst oder in den Krankenhauswäschereien arbeiten, eine tarifliche Regelung zu schaffen und dadurch auch Tätigkeitsfelder zu stabilisieren. Und es geht darum, den freien Fall der Löhne zu verhindern. Es lohnt sich allemal, diese Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu halten, anstatt sie in private Firmen auszulagern, wo die Arbeitsbedingungen gerade in diesen Bereichen oft miserabel sind.

Schwarz-Buch Lidl erschienen

BERLIN, 10.12.2004. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) stellte am 10. Dezember 2004 – dem Tag der Menschenrechte – das von ihr in Auftrag gegebene Schwarz-Buch Lidl vor. Erstmals wird darin ein Blick hinter die Kulissen der erfolgreichen Billig-Kette Lidl geworfen und Arbeitsbedingungen von rund 30.000 Beschäftigten in über 2500 Filialen in Deutschland offengelegt. Der wirtschaftliche Erfolg des Handelskonzerns, der nach eigenen Angaben in 2004 einen Umsatz von rund 36 Milliarden Euro erzielt und zu den erfolgreichsten Handelsunternehmen der Welt zählt, geht mit miesen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten Hand in Hand.

Der Autor Andreas Hamann und Co-Autorin Gudrun Giese stellen im Schwarz-Buch Lidl den bislang geheimnisumwobenen Schwarz-Konzern mit seinen Machern vor und zeigen auf, wie Betriebsratsgründungen und Mitbestimmung der Arbeitnehmer gezielt verhindert werden.

Ziel von ver.di ist, mit diesem Buch auf Missstände aufmerksam zu machen. ver.di will den Beschäftigten Mut machen und sie bei der Wahl von Betriebsräten unterstützen, damit Arbeitsbedingungen in den Filialen dauerhaft verbessert werden können. Das Schwarz-Buch ist zugleich Aufforderung an den Eigentümer des Konzerns Dieter Schwarz und seine Führungskräfte, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen und die frei Wahl von Betriebsräten in den Filialen zuzulassen.

Ab sofort zu bestellen: Schwarz-Buch Lidl . ver.di gmbh medien buchhandel verlag, ISBN – Nr. 3-932349-12-1, Preis 8 Euro zzgl. Versandkosten

Bestellungen für Schwarz-Buch

Telefax 030 / 69 56 31 60

ver.di gmbh
medien/buchhandel/verlag
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

manina.walter@verdigmbh.de
Telefon 030 / 69 56 – 12 62

Ich bestelle _____ Stück Schwarz-Buch Lidl

- ☐ Versand gegen Rechnung € 8 pro Stück + Versandkosten
☐ Ich bin ver.di-Mitglied

Versand an folgende Adresse (bitte Druckschrift)

- ☐ Ich bin an weiteren Informationen zur Arbeit von ver.di bei Lidl interessiert und möchte Kontakt mit der örtlichen ver.di-Geschäftsstelle aufnehmen. Kontakt und nähere Informationen sollen an mich gehen über

Name, Organisation, Einrichtung _____

Telefon _____

e-mail _____

Weitere Informationen:

**ver.di-Direkt: 01 80/2 22 22 77 und www.verdi.de
ver.di, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin**



BDA und DGB verlangen Verfassungstreue. HB, Mo., 29.11.

04. Um die Integration von Ausländern zu verbessern, fordern Arbeitgeber-Präsident D. Hundt und DGB-Vorsitzender M. Sommer von Zuwanderern uneingeschränktes Bekenntnis zur Verfassung. Dies auf dem Hintergrund des 3-Punkte-Plans von Innenminister O. Schily, der nur einen „europäischen Islam“ für Deutschland für akzeptabel hält, der „die Werte der Aufklärung und die Rechte der Frauen anerkenne“. Schily fordert die Bundesländer auf, bei gescheiterten Integrationsbemühungen konsequenter Ausweisungsmöglichkeiten zu nutzen.

BDI und Kanzler werben in Japan für Investitionen. HB, Fr./Sa., 10./11.12. 04.

Während die japanische Regierung anlässlich des Besuches von Kanzler Schröders und der Wirtschaftsdelegation mehr Investitionen von Deutschland wünschte, warben Kanzler und BDI-Präsident M. Rogowski für japanische Investitionen in Deutschland. Begründung: Wenn man die Wertschöpfung je nach Kapitaleinsatz vergleicht, schnitten entwickelte Volkswirtschaften wie Japan und Deutschland meist besser ab als Schwellenländer.

BDI strebt transatlantische Wirtschaftsintegration an. Mo., 8.12.04.

Die im „US-Board“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie organisierten Firmen dringen darauf, das von den USA und der EU beschlossene Ziel einer transatlantischen Wirtschaftsintegration ernsthaft anzugehen. S. Zirbel, US-Expertin im BDI sagte, die Bundesregierung solle nun in der EU und den USA darauf hinwirken, dass man sich stärker um die gegenseitige Anerkennung oder die gemeinsame Entwicklung von Industriestandards bemüht. Außerdem: „Weil das US-Bild bei Jugendlichen nicht mehr automatisch positiv besetzt ist, ist die gegenseitige Imagepflege wichtig“, so DIHT-Außenexperte M. Pfeiffer.

DIHK will Hauptschule beibehalten. Mi., 8.12.04.

Bundesbildungsministerin E. Bulmahn will wegen der schlechten Pisa-Ergebnisse die Hauptschule als Schulform abzuschaffen. Sie bezieht sich auf erfolgreiche Pisa-Nationen mit längerer gemeinsamer Schulzeit. Die Wirtschaft, die über mangelnde Ausbildungsreife vieler Schulabgänger klagt (5-10% der Ausbildungskosten entfallen auf Nachhilfe für Auszubildende), hält nichts davon. „Die ideologische Strukturdebatte nährt nur den Irrtum, man könne damit die Probleme schwächerer Schüler lösen. Der Schlüssel zu einer Besserung liegt aber vielmehr an der individuellen Förderung der einzelnen Kinder“, so G.L. Braun, DIHK-Präsident. *Presseauswertung:rst*

Bodo Ramelow zum Wahlkampfleiter der PDS für die Bundestagswahl 2006

berufen. „Er ist die Idealbesetzung für den schwierigsten Job, den die PDS in den nächsten zwei Jahren zu vergeben hat“, erklärte Lothar Bisky.

„Deshalb freue ich mich, dass heute der Parteivorstand Bodo Ramelow zum Bundeswahlkampfleiter berufen hat. Er wird die Partei gemeinsam mit Bundesgeschäftsführer Rolf Kutzmütz in den Wahlkampf führen.“

Um ihre Fragen gleich vorwegzunehmen: Wir bleiben dabei – da stimme ich mit Bodo Ramelow vollkommen überein –, dass ich mich im nächsten Jahr mit Gregor Gysi verständigen werde, ob und wie er für den Bundestagswahlkampf der PDS zur Verfügung steht. Mein Wunsch ist es, dass er sich in den nächsten Wochen erholt und vollkommen gesund wird, so dass er sich dann entscheidet und mit einer starken Mannschaft im Rücken für die PDS werben kann.“

PDS wird von Extremistenliste gestrichen: Die PDS ist von der so genannten Extremistenliste des Verfassungsschutzes wieder gestrichen worden. Wie ein Sprecher des Bundesinnenministeriums am Sonnabend in Berlin sagte, war die Partei ursprünglich auf Antrag eines Bundeslandes auf die Liste gesetzt worden. Es habe sich aber

als „nicht zielführend“ erwiesen, eine inländische Organisation dort aufzunehmen. Der „Spiegel“ hatte zuvor berichtet, dass die PDS in der Liste des Bundesamts für Verfassungsschutz neben Organisationen wie Al Qaida, den Taliban oder der Neonazi-Gruppe „Blood and Honour“ aufgeführt wurde. Zu der Liste gehören des weiteren rechtsextreme Gruppen wie die Hammerskins sowie der Ku-Klux-Klan und der Vlaams Blok. Die Kartei, die mehr als 120 Vereinigungen erfasse, soll einbürgerungswilligen Ausländern vorgelegt werden – in der Erwartung, dass sie sich ausdrücklich distanzieren.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums wurde das Bundesamt für Verfassungsschutz angewiesen, die Liste entsprechend zu ändern. Mit der Auflistung der PDS wäre die Mitgliedschaft in der Partei laut „Spiegel“ ein Einbürgerungshindernis, obwohl sie in zwei Bundesländern an Regierungen beteiligt ist. Als kuriose Folge der Einstufung rechnete das rheinland-pfälzische Innenministerium die PDS zu den „extremistischen Ausländerorganisationen“.

Der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky hatte in einem Brief an Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) gegen die Einstufung seiner Partei als „extremistische Organisation“ protestiert.

Zusammenstellung jöd

Der gesellschaftliche Friede gerät in Gefahr! Eine Welle antiislamisch gefärbter Berichte und Äußerungen geht durch die Medien. Besonders beunruhigend ist hierbei der Verfall der Objektivität und Diskussionskultur, auch bei Politikern. Angesichts einer aufgeheizten Debatte, die sowohl bei christlichen wie bei muslimischen Mitbürgern Angst erzeugt und einen Konflikt eskaliert, statt zu seiner Lösung beizutragen, fühlen wir uns verpflichtet, einige Punkte klarzustellen. Diese Stellungnahme zur aktuellen Situation wird von Christen und Muslimen abgegeben, die in dem Projekt „Christlich-islamische Friedensarbeit in Deutschland“ zusammenarbeiten. Träger des Projekts sind: die „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF), „Pax Christi“ Deutsche Sektion, der „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ und die „Schura, Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg“.

Wir leben in einer Gesellschaft

Kulturelle und religiöse Pluralität kennzeichnen dauerhaft das Bild der Gesellschaft in Deutschland wie in anderen Ländern. Zwar ist es richtig, dass die deutsche Gesellschaft von den Traditionen und Werten des christlichen Abendlandes geprägt ist. Doch hat diese Gesellschaft den Prozess der Aufklärung und der Säkularisierung durchlaufen, der zur Trennung von Staat und Kirche sowie zur positiven Bestätigung kultureller und religiöser Pluralität geführt hat. Es gehört indes zur gesellschaftlichen Realität, dass sich ein gewichtiger Anteil der Bevölkerung überhaupt keiner Religion zugehörig weiß. Die größte religiöse Minderheit in unserem Land bildet heute die Bevölkerung islamischer Religionszugehörigkeit oder Herkunft. Sie ist in sich selbst von großer kultureller Vielfalt.

Angesichts dieses Tatbestands ist es nicht nur unsachgemäß, sondern geradezu fahrlässig, wenn heute behauptet wird, das Konzept der multikulturellen Gesellschaft sei gescheitert, und dessen Vertreter als „Multikulti-Gutmenschen“ verspottet werden. Gescheitert ist vielmehr eine verfehlte Politik, deren oberster Grundsatz über Jahrzehnte und für drei Zuwanderergenerationen es war, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Wenn es keine Einwanderer gibt, sind auch keine Bemühungen um eine nachhaltige Integration der hier lebenden Ausländer nötig. Dann reichen die kleinen sprachlichen, rechtlichen und sozialen Hilfestellungen, die den befristeten Aufenthalt der „ausländischen Mitbürger“ regeln. Integration wurde, wenn überhaupt, nur halbherzig betrieben. Der fehlenden politischen Bemühung entsprach die Gleichgültigkeit der Bevölkerung, die höchstens gereizt auf hohe Ausländeranteile in Schulklassen und ähnliche eigene Be-

Linke Winterschule vom 6.-9. Januar

Nachtrag zum Kurs Philosophie/Soziologie

Das in etlichen Bundesländern inzwischen durchgesetzte Kopftuch-Verbot weist auf eine Problematik, die als dritter Themenkomplex (zu den beiden anderen s. PB 22 und 25) behandelt werden sollen.

Die Schule ist in gewisser Weise doppelt bestimmt. Als politische und soziale Institution der Gesellschaft stützt sie die Kinder und Jugendlichen mit Werkzeugen aus, mittels derer diese, lebenslang lernend, in einer arbeitsteilig organisierten Welt als kooperierende Gesellschaftsmitglieder an der Kommunikation teilnehmen können. Das schließt die Vermittlung grundlegender demokratischer Werte, die Stärkung des Sinns für Gerechtigkeit und die Entwicklung der Urteilsfähigkeit ein. Diese Bestimmung der Schule muss aber ausschließen, dass die Schüler, die sich der Schule ja nicht entziehen können, auch noch unterstützt durch die Peitsche der Notengebung auf bestimmte Globaltheorien festgelegt, und in diesem Sinne erzogen werden, handele es sich nun um die christliche, islamische,

jüdische oder andere Religionen, um Freidenkertum, sozialistische oder andere Theorien.

Unter anderem Gesichtspunkt ist es aber auch – und unbedingt – erforderlich, dass die Kinder über die Tatsache, dass es verschiedene Globaltheorien gibt, unterrichtet werden. Globaltheorien können und sollten aus dem schulischen Bereich nicht total ausgeschlossen werden. In der Schule treffen Angehörige verschiedener Gemeinschaften, die durch unterschiedliche, ja gegensätzliche Globaltheorien gesteuert werden, aufeinander. Auch werden die Kinder und Jugendlichen darauf vorbereitet, sich zunehmend nach eigener Wahl an Gemeinschaften (Kirchen, Verbänden, Parteien usw.) zu beteiligen. Die Kenntnis(nahme) verschiedener Globaltheorien ist allein schon erforderlich für die Einübung in das, was Rawls vernünftigen Pluralismus nennt. Ebenso ist sie erforderlich für die Entwicklung der eigenen Urteilsfähigkeit, ohne die sich Wahlmöglichkeiten nicht wirklich erschließen.

Wo sind Grenzen für Globaltheorien im schulischen Bereich zu ziehen, wo Kompromisse möglich und notwendig?

Für diesen Komplex werden Texte von Rawls und Tönnies herangezogen.

scc

Wir setzen an dieser Stelle unsere in der letzten Ausgabe begonnene Dokumentation von Stellungnahmen und Texten zur Debatte um Integration und Migration fort mit einer Erklärung der DİD, der Föderation der

Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei, und einer gemeinsamen Erklärung von verschiedenen muslimischen und christlichen Organisationen. In scharfem Kontrast dazu steht ein Inter-

view von Kardinal Lehmann mit der „Welt“, das dort am 9. Dezember erschien und das wir ebenfalls in Auszügen dokumentieren und kommentieren. *rül*

Stellungnahme von: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden; Pax Christi; Zentralrat der Muslime in Deutschland; Schura, Rat der islamischen Gemeinden in Hamburg

Gesellschaftlicher Friede – nur mit den Muslimen, nicht gegen sie!

eintrachtungen reagierte. Die Folgen dieser Weigerung, die Realität zur Kenntnis zu nehmen und Konsequenzen daraus zu ziehen, holen uns heute ein.

Gleichwohl gilt es mit Nachdruck festzuhalten: Muslime zahlen Steuern an den deutschen Staat, gehen in deutsche Kindergärten und Schulen, dienen in der deutschen Bundeswehr, mehr als 800.000 Muslime sind deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger. Sämtliche muslimischen Spitzenorganisationen haben sich eindeutig zum deutschen Grundgesetz bekannt und stehen zu unserer pluralistischen Gesellschaft. Zwei Beispiele:

„Ob deutsche Staatsbürger oder nicht, bejahen die im Zentralrat vertretenen Muslime daher die vom Grundgesetz garantierte gewaltenteilige, rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“ (Islamische Charta, Zentralrat der Muslime in Deutschland).

„Für uns Muslime ist gesellschaftliche Vielfalt eine von Gott gewollte und somit positive Erscheinung. Wir bekennen uns vorbehaltlos zu dieser demokratischen Grundordnung und sehen hierin auch keinen Widerspruch zu den Prinzipien und Lehren unseres Glaubens“ (Grundsatzpapier, Schura Hamburg).

Unangemessen und gefährlich ist daher die Verwendung des Modeworts „Parallelgesellschaften“, das suggerieren soll, Muslime würden sich außerhalb der deutschen Gesellschaft bewegen. Richtig ist allerdings, dass der Großteil der in Deutschland lebenden Muslime einen Migrationshintergrund hat und dass sich als Resultat gescheiterter Integrationspolitik ein Teil dieser zugewanderten Familien in ein „abgekapseltes“ Privatleben zurück gezogen hat. Doch liegt die Ursache dafür nicht im religiösen Bekenntnis, wie ähnliche Erscheinungen bei anderen Gruppen von Zuwanderern zeigen.

Integration ist keine Einbahnstraße

Der gesellschaftliche Friede kann nur durch eine konsequente und umfassende Bemühung um Integration auf der

Grundlage kultureller und religiöser Pluralität erhalten werden. Wir – Christen und Muslime – appellieren an alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, sich dieser Aufgabe ernsthaft, mit Nachdruck und mit dem langen Atem, der nötig ist, anzunehmen. Sonst werden die Schreckbilder, die heute schon beschworen werden, tatsächlich zur Realität.

Eine gelingende Integration muss Voraussetzungen erfüllen und Ziele anstreben. Dazu gehören:

- Integration bedeutet, dass Mehrheit und Minderheit sich aufeinander einlassen. Integration ist keine einseitige Bringschuld der Minderheit, sondern muss von beiden Seiten geleistet werden und verändert beide Seiten. Im Gegenteil: Integration kann nur gelingen, wenn die Mehrheit den ersten Schritt tut. Es ist deshalb falsch, wenn heute allein von den hier lebenden Muslimen mehr Integrationsbereitschaft gefordert und dies mit der Androhung von Sanktionen verbunden wird, ohne gleichzeitig den Beitrag der gesellschaftlichen Mehrheit zu benennen und daran zu arbeiten. So sollte beispielsweise die Akzeptanz des Islam als gleichberechtigte Religionsgemeinschaft endlich voran gebracht werden – von einer angemessenen Behandlung des Islam in Schul- und Bildungswesen bis zum Zugang zu den öffentlich-rechtlichen Medien.

- Kenntnis und Gebrauch der deutschen Sprache ist eine unverzichtbare Voraussetzung für Integration. Es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, wenn durch das neue Zuwanderungsgesetz dem Sprachunterricht Priorität zugemessen wird. Allerdings ist das Angebot im Vorschul- und Schulbereich sowie für Erwachsene bisher gänzlich unzureichend. Wesentlich größere Anstrengungen sind nötig, wenn die Forderung nach einer Standardkenntnis der deutschen Sprache nicht durch Mangel an Lernangeboten ins Leere gehen soll. Dagegen ist der Vorschlag eine untaugliche Diskriminierung, in den Moscheen sollten nur noch Predigten in deutscher Sprache erlaubt

sein. Dabei geht es ja auch nicht um Sprachförderung, sondern um Kontrolle.

- Integration verlangt Partnerschaft „auf gleicher Augenhöhe“ – unabhängig von Mehrheits- und Minderheitsverhältnissen. Es ist richtig, dass die Werteordnung des Grundgesetzes nicht zur Diskussion steht. Sie gilt für alle hier lebenden Menschen und muss von allen respektiert werden. Es ist aber eine andere Sache, wie man damit umgeht. Vielfach ist es nicht gelungen, gerade jungen Menschen der zweiten und dritten Zuwanderergeneration eine positive Erfahrung und Beziehung zu dieser Werteordnung zu vermitteln. Sie erleben nicht Achtung, sondern Ausgrenzung, nicht Gleichheit, sondern Ungleichheit der Chancen. Wie sollen sie ein Gefühl der Zugehörigkeit zu diesem Land und seinen Werten entwickeln, wenn sie nicht erfahren, willkommen zu sein und gebraucht zu werden? Ist es verwunderlich, wenn sie sich abwenden und Ordnungen aus ihrer alten Welt suchen? Wenn die These stimmt, dass ein wesentlicher Grund für den Hass gegen den Westen in dem Gefühl Jahrhunderte langer Erniedrigung vor allem der arabischen Welt durch die westlichen Mächte liegt, dann sollten, wenn es um Integration geht, Fragen der Werteordnung und des Selbstwertgefühls mit Respekt und Sensibilität behandelt werden.

- Selbstbestimmung und religiöse Freiheit gehören zum rechtlichen Grundbestand, den der freiheitliche Staat des Grundgesetzes jedem und jeder seiner Bürger und Bürgerinnen garantiert. Es gehört zu den Voraussetzungen gelingender Integration der hier lebenden Muslime, dass dieses Recht verwirklicht werden kann – nicht nur im Gegenüber zur christlichen oder säkularen Mehrheitsgesellschaft, sondern auch zur eigenen islamischen Minderheit. Es ist falsch, gegen Buchstaben und Geist des Grundgesetzes und schadet dem Christentum, diesem Land eine christliche Leitkultur verordnen zu wollen. Es ist aber ebenso falsch, im Namen des Islam das Recht auf Selbstbe-

stimmung für irgendeinen Menschen zu beschneiden oder außer Kraft setzen zu wollen. Das müssen sich die islamischen Familien, Gemeinden und Gruppierungen im Blick auf ihre eigenen Mitglieder sagen lassen.

- Judentum, Christentum und Islam, die die religiöse Öffentlichkeit in unserem Land prägen, tragen Elemente der gegenseitigen Abgrenzung und des Konflikts, mehr aber noch der Integration und Gemeinsamkeit in sich. Integration wird nicht gelingen, ohne dass sich die drei Religionen in einem offenen Diskurs darüber verständigen, welchen Beitrag sie jeweils zum religiösen, geistigen und sozialen Leben der ihnen gemeinsamen Gesellschaft leisten und wie sie dadurch das Gemeinwesen mit gestalten wollen. Es gilt, diesen Diskurs verstärkt zu führen und dabei die zentrale Bedeutung, die der Friede in allen drei Religionen hat, in den Vordergrund zu rücken.

Prüfstein der offenen Gesellschaft ist der Umgang mit ihren Feinden

Ausgangspunkt der gegenwärtigen Debatte ist die Frage, wie sich Staat und Gesellschaft gegen radikale Terroristen, die zur Gewalt bis hin zum Mord bereit sind, absichern können. Extremismus und Gewaltbereitschaft sind jedoch nicht auf Straftäter beschränkt, die sich als Muslime bezeichnen. Die Anschläge der letzten Wochen in den Niederlanden galten mehrheitlich islamischen Moscheen und Einrichtungen, und in Deutschland war es ebenfalls eine Moschee, die brannte. Auch sollte nicht vergessen werden, was vor zehn Jahren in Rostock, Mölln, Solingen und anderswo geschehen ist.

Gemeinsam ist den Gewalttättern von rechts wie auch den Gewalttättern mit vermeintlich religiösen Motiven die Feindschaft gegenüber der offenen Gesellschaft und der freiheitlich-demo-

kratischen Grundordnung. Sie würden gewinnen, würden wir die Grundwerte unseres Rechtsstaats aushöhlen. Die Spannung zwischen dem staatlichen Sicherheitsinteresse und dem rechtsstaatlichen Schutz des Einzelnen darf deshalb nicht zu Lasten der individuellen Persönlichkeitsrechte einseitig aufgehoben werden. Auch Kontrolle und Strafverfolgung muss in einer freien demokratischen Gesellschaft, will sie sich nicht selbst aufgeben, nach rechtsstaatlichen Regeln gehandhabt werden.

Der Ruf nach einer neuerlichen Verschärfung der Ausländergesetze ist unnötige Stimmungsmache. In erster Linie stehen praktische Handlungsmöglichkeiten zur Diskussion. Wie soll überprüft werden, ob eine Predigt verfassungsfeindliche Aussagen enthält? Wie sollen Extremisten identifiziert und justitiabel werden? Auf diesem Felde werden allerlei Vorschläge gemacht, die jedoch großenteils eher die Hilflosigkeit als die Effizienz von Verfassungsschutz und polizeilicher Praxis signalisieren.

Uns ist bewusst, dass Deutschland keine „Insel der Seligen“ ist, sondern dass die hier lebenden Menschen hineingezogen sind in die ideologisch aufgeladene Polarisierung zwischen „Islamismus“ und „Westen“, die seit einigen Jahren die weltpolitische Szene bestimmt. Sie hat dazu geführt, dass die hier lebenden Muslime unter dem Generalverdacht stehen, wenigstens heimlich mit einem so genannten Islamismus zu sympathisieren oder sogar den sich muslimisch nennenden Terror zu unterstützen. Die muslimischen Verbände können noch so oft und laut erklären, dass sie auf dem Boden von Demokratie und Rechtsstaat stehen und Gewalt und Terroranschläge verurteilen, immer wird ihnen vorgehalten, dass sie sich nicht genügend davon distanzieren.

Der radikale, gewaltbereite Extremismus ist eine ernste Herausforde-

rung. Der Staat hat den Auftrag, ihm mit geeigneten Mitteln entgegen zu treten und die im Lande lebenden Menschen zu schützen. Man kann ihm aber nicht dadurch begegnen, dass eine ganze Bevölkerungsgruppe von drei Millionen pauschal damit in Verbindung gebracht und sprachlich sowie emotional diskriminiert wird. Ebenso wenig ist die Aufgabe rechtsstaatlicher Prinzipien von der Inhaftierung ohne ausreichende Beweise bis zum unverhältnismäßigen Einsatz von Sicherheitskräften gegenüber religiösen Gemeinschaften ein geeignetes Mittel. Es darf auch nicht sein, dass Angst als Mittel eingesetzt wird, um Wählerstimmen zu gewinnen oder Auflagen zu steigern. Das alles führt lediglich dazu, dass Tendenzen zur Radikalisierung verstärkt und der Teufelskreis zwischen der mehrheitlichen Ablehnung der muslimischen Minderheit und deren Distanzierung von dieser Gesellschaft fortgesetzt werden.

Es ist ein vielfach bewährter Grundsatz gewaltfreier Konfliktbearbeitung, dass die wichtigste Methode im Umgang mit drohenden und eskalierenden Konflikten diejenige der Prävention ist. Prävention kann in der aktuellen Krisensituation dieser Gesellschaft nur heißen: Integration. Wir haben zu lange nichts oder zu wenig getan. Wir können nicht länger warten!

*Hannover / Hamburg / Osnabrück,
23. November 2004*

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

(www.friedensdienst.de)

Pax Christi Deutsche Sektion

(www.paxchristi.de)

Zentralrat der Muslime in Deutschland

(www.zentralrat.de)

Schura, Rat der islamischen Gemeinden in Hamburg e.V.

(www.schura-hamburg.de)

Kardinal Lehmann: „harter Dialog“ statt „Gequatsche“

Scharfmacherei der Katholischen Kirche

In die Debatte um Migration und Integration, „Leitkultur“ und angebliche „Parallelgesellschaften“ hat sich jetzt auch die katholische Amtskirche mit scharfmacherischen Aussagen eingeschaltet. Kardinal Lehmann bezweifelte in einem Interview mit der „Welt“, dass es Chancen für einen „ehrlichen Dialog mit dem Islam“ gebe. Er sei der Überzeugung, „dass der Islam kämpferische, sieghafte Elemente fast absolut setzt.“ „Eroberung ist im Islam ein zentrales Paradigma“. In der Bibel dagegen habe es „von Anfang an eine große Möglichkeit der An-

nahme anderer gegeben ... Das Kreuz unterscheidet die Geister.“ Und das sagt ein katholischer Kardinal vor dem Hintergrund zahlloser, über zweitausend Jahre abendländischer Geschichte sich hinziehender Eroberungskriege und Gräueltaten im Namen des christlichen Glaubens!

Eine Erklärung des deutschen Muslimrates, in dem dieser sich ausdrücklich zur Religionsfreiheit und damit auch zum Wechsel der Religion ausspricht, ist für Lehmann nur vorge täuscht: „Manches wird heute aus taktischen Erwägungen formuliert, steht nur auf dem Papier“. Lehmann befürwortet deshalb einen „harten Dialog, wo Dinge auch eingefordert werden“. Sonst sei Dialog nur „Gequatsche“. Welche Ziele der Kardinal dabei meint, lässt er offen. Wenige Zeilen später

aber drängt Lehmann zur Militärintervention im Sudan. „Wer dort eingegriffen hat, das waren zunächst die Amerikaner. Bis die Europäer sich zusammengefunden haben, um etwas gegen die eklatante Verletzung von Menschenrechten zu unternehmen, da muss man sagen: Da fehlt offensichtlich das Fundament, auch das spirituelle und geistige Fundament für eine wertgebundene, handlungsfähige Außenpolitik. Da muss mehr an einer geistigen Grundlage gearbeitet werden.“

Offenbar liegen die Vorstellungen des Kardinals von einem „harten Dialog“ mit Zielen nicht weit weg vom Einsatz militärischer Gewalt – und damit ziemlich nahe bei der Außenpolitik von US-Präsident Georg Bush.

*rül
(Quelle: Die Welt, 9.12.2004)*

Die Integration ist nicht gescheitert!

Die folgende Erklärung von DİDF – Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei – wurde am 29. November 2004 versandt.

Nach dem brutalen Mord an dem niederländischen Filmemacher Van Gogh hat sich die Diskussion über die „islamischen Einwanderer“ in eine hysterische Hetzkampagne gesteigert. Wie viele andere, die mit gesundem Menschenverstand ausgestattet sind und versuchen, in Worten und Taten für ein „gemeinsames Miteinander“ von Deutschen und Zugewanderten einzutreten, fragen wir uns, was mit dieser Kampagne erreicht werden soll.

Jenseits aller Vernunft werden in den Medien absurde Feindbilder gemalt und die Ängste der Menschen geschürt. Ganze Stadtteile werden als „existierende Parallelgesellschaften“ und als „Horte der Gewalt“ diffamiert. In den Abendprogrammen der Fernsehanstalten und in den Tageszeitungen wird über den so genannten „Kampf der Kulturen“ und das „Scheitern der multikulturellen Gesellschaft“ berichtet und die Frage aufgeworfen, ob die niederländischen Vorgänge auch in Deutschland möglich oder sogar zu befürchten seien.

Plötzlich warnen viele Politiker vor diesem „Kampf der Kulturen“ und fordern härtere Maßnahmen gegenüber „Islamisten“. Dabei wird pauschalisiert und in keiner Weise differenziert vorgegangen. Was oder wer sind die „Islamisten“? Ist das der Nachbar, der Kollege am Band bei Opel? Oder ist das der Gemüsehändler oder vielleicht der Arbeitslose, den man beim Arbeitsamt oder in der Arbeitsagentur getroffen hat? Die pauschalen Vorwürfe gegenüber den „Islamisten“ verdächtigen jeden, der „anders aussieht“ – jeder Moslem könnte plötzlich ein „gewaltbereiter Islamist sein“.

Es stellt sich wirklich die Frage, wie so man jetzt – nach einem Mord, der durch einen einzelnen Extremisten verübt wurde – alle MigrantInnen aus islamischen Ländern unter Verdacht stellt und insgesamt als eine gewaltbereite Gruppe darstellt. Entspricht diese Art der Diskussion, noch dazu in einer derart angespannten Situation, mit Unterstellungen und Pauschalierungen zu arbeiten, dem Demokratieverständnis des Westens oder den ethischen Werten dieser Gesellschaft?

Kann so eine Haltung zu einer Überwindung der Vorurteile zwischen den Einheimischen und der MigrantInnen führen? Können so Lösungen entwickelt werden, die ein friedliches Zusammen-

leben erleichtern? Welches Ziel wird tatsächlich mit einer derart kriminalisierenden und stigmatisierenden Diskussion verfolgt? Sollen vielleicht am Ende die entwickelten Horror-Szenarien der „zur Integration nicht bereiten“, aber „zur Gewalt neigenden“ MigrantInnen benutzt werden, um bestehende Gesetze und „Sicherheitsvorkehrungen“ zu verschärfen? Diese Fragen drängen sich auf und sollten offen angesprochen werden.

Die Kolumnisten in den Tageszeitungen, Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens fordern dazu auf, die vielen Probleme, die im Zusammenhang mit der Integration stehen, offen und ohne Scheu darzulegen und nicht weiter die Augen vor realen Problemen zu schließen. Dem kann man nur zustimmen. Man sollte sich aber davor hüten, Tatsachen auf den Kopf zu stellen, Ursache und Wirkung zu verwechseln, und plötzlich eingebildete Probleme als eine real existierende Problematik anzunehmen. Eine offene Diskussion heißt nämlich nicht „den Teufel an die Wand malen“; heißt nicht, mit der Angst zu arbeiten und heißt auch nicht, die Konflikte der Gesellschaft aufzublasen. Das würde letztendlich nur Wasser auf die Mühlen der Rechten sein und bedeuten, dass man deren Parolen übernimmt.

Eine Frage, die wir in diesem Zusammenhang nicht ausklammern möchten, ist, wenn über die Integrationsproblematik der MigrantInnen (Türken, Kurden usw.) aus der Türkei diskutiert wird. Als einer der Hauptgründe für die Schwierigkeiten bei der Integration dieser Gruppe wird immer wieder die Religion genannt. Doch gerade in dieser Bevölkerungsgruppe ist ganz unübersehbar, dass ein nicht geringer Teil der MigrantInnen keinerlei Verbindung zum Islam hat. Der überwiegende Teil der MigrantInnen aus der Türkei identifiziert sich nicht mit dem Islam, auch wenn sie sich zum Islam bekennen. Welche Ziele verfolgt man, wenn trotzdem die Diskussion so pauschalisiert geführt wird, als seien alle Probleme der MigrantInnen aus der Türkei nur im Zusammenhang mit dem Islam zu sehen?

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es in Bezug auf die Integration viele Probleme gibt, die schon seit langem bekannt sind und die derzeit zur Panikmache missbraucht werden. Eine Gesellschaft, in der es ein wirkliches Miteinander und keine Nebeneinander von Einheimischen und Zugewanderten gibt, braucht als Grundlage eine gemeinsame Sprache. Insofern ist die Tat-

sache, dass weite Teile der MigrantInnen die deutsche Sprache nur ungenügend beherrschen, eines der größten Hindernisse für eine erfolgreiche Integration. Somit kann der Integrationsprozess von vielen MigrantInnen selbst aus Mangel an Sprachkompetenz nicht positiv beeinflusst werden. Aber es gibt auch andere Faktoren, die die Integration behindern, z.B. die Konzentration der MigrantInnen auf bestimmte Stadtteile, so dass die Tendenz, sich von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen, verstärkt wird. Auch ein hoher Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in bestimmten Klassen und Schulen wirkt sich ganz eindeutig negativ auf ein organisches Zusammenwachsen von In- und Ausländern aus.

Unstrittig ist auch, dass MigrantInnen die Kultur, die positiven und fortschrittlichen Werte einer Gesellschaft kennen lernen und als ihre eigenen akzeptieren und verstehen müssen, um sich wirklich integrieren zu können. Und sie müssen die Chance haben, am kulturellen und gesellschaftlichen Leben dieses Landes aktiv teilhaben zu können – egal ob Frau oder Mann, ob Jung oder Alt.

Unserer Meinung nach ist es nicht hinnehmbar, dass unter dem Mäntelchen von Tradition, Gebräuchen, Sitten, rückwärtsgewandte Beziehungen gestärkt werden und der religiöse Glaube, der ja etwas Privates sein sollte, von bestimmten Organisationen in der Gesellschaft benutzt wird, um das gesellschaftliche Leben zu organisieren. Wir wollen nicht, dass in Koran-Kursen mit oder ohne staatliche Unterstützung mittelalterliche und mystische Auffassungen in die Köpfe von Kindern gezwängt werden. Die Religion darf nicht politisch missbraucht werden – auch nicht im Namen der Demokratie!

Unsere Föderation, die das Motto „Nicht nebeneinander – miteinander leben“ als Grundparole angenommen hat, hat von Anfang an eine Politik bekämpft, die mit ihrer Propaganda MigrantInnen aus der Türkei dazu auffordert, ihre Identität, ihre Religion und ihre Sprache zu bewahren. Denn diese Politik führt dazu, dass die MigrantInnen unter sich bleiben und ohne Bezug zur deutschen Gesellschaft leben. Auch in der Zukunft werden wir diese Politik bekämpfen, die die Unterschiede hervorhebt, Vorurteile bekräftigt und die religiös, nationalistisch –fanatische Tendenzen unterstützt und unter anderem der türkisch-nationalistischen Lobby-Arbeit dient.

Hierzu ließen sich viele Beispiele an-

führen. Jedoch handelt es sich hierbei nur um die Folgen, nicht aber um die eigentlichen Ursachen.

Zwei Punkte wollen wir in diesem Zusammenhang hervorheben:

Erstens, auch wenn die Schwarzseher dieser Gesellschaft das Gegenteil behaupten: Die Integration ist nicht gescheitert! Es gibt zwar graue Schatten, aber die Zukunft ist keinesfalls schwarz. Trotz der Schwierigkeiten, die wir in den letzten 40 Jahren hatten, gibt es vieles, was wir – In- und Ausländer – gemeinsam teilen und meistern. Das heißt aber auch, dass wir auf die Erfahrungen der vergangenen 40 Jahre immer zurückgreifen können. Auch wenn vieles schmerzhaft war in diesem Prozess der Integration, so sind doch wichtige Schritte in die deutsche Gesellschaft und ein gemeinsames Leben getan worden. Abgesehen davon gibt es inzwischen eine neue Generation, die hier mit der Kultur und den Werten dieser Gesellschaft aufgewachsen sind. Und es gibt jetzt viele MigrantInnen, die die gesellschaftliche Entwicklung dieses Landes aufmerksam verfolgen und aktiv daran teilnehmen. Diese Haltung ist eine der Grundvoraussetzungen dafür, sich als Teil der Gesellschaft zu empfinden und den Integrationsprozess voranzubringen. Wir möchten betonen, dass die Integration und das Zusammenleben in vielen Bereichen funktionieren.

Zweitens: wenn man die Probleme des Zusammenlebens betrachtet und analysiert, sollte man vor allem auch die 40-jährige „Ausländerpolitik“ in Deutschland genauer unter die Lupe nehmen. Oder hat die etwa keine Rolle in diesem Prozess gespielt?

Vom bayerischen Innenminister Beckstein bis hin zum brandenburgischen Innenminister Schönbohm behaupten viele Politiker und Journalisten (die ihre Aufgabe in der Panikmache sehen), dass die Ausländer die deutsche Sprache nicht lernen wollen und sich nicht integrieren wollen, dass sie vielmehr selbst die Ghettos wählen, um dort ihre „Parallelgesellschaften“ aufzubauen. Plötzlich werden die Opfer der 40-jährigen Ausländerpolitik zu „Tätern“ erklärt, und es wird so getan, als hätte die Politik und sozio-ökonomischen Verhältnisse dieses Landes keinen Anteil an dieser Situation. Diejenigen, die noch bis vor kurzem mit Nachdruck behauptet haben, Deutschland sei kein Einwanderungsland, haben Arbeiter und deren Familien, die seit 40 Jahren in diesem Land leben und arbeiten, in den „Gastarbeiter-Status“ eingezwängt und so daran gehindert, ein Teil dieser Gesellschaft zu werden. Und jetzt machen sie diese „Gäste“ auch noch für

ihre Lage verantwortlich.

Wie viele Sozialwissenschaftler – die objektiv versuchen, die Lage zu analysieren – darlegen, ist es keineswegs so, dass es die Entscheidung der MigrantInnen war, in Ghettos zu leben oder ihre Kinder in Schulen zu schicken, wo 80 % der Schüler MigrantInnenkinder sind.



Das alles waren keine freiwilligen Entscheidungen und Wünsche der MigrantInnen, sondern Entscheidungen, die aufgrund der bestehenden Verhältnisse und Möglichkeiten zwangsweise getroffen werden mussten.

Nach fast 50 Jahren der Immigration wird, zum ersten Mal in der Deutschen Geschichte, am 1.1.2005 ein Zuwanderungsgesetz eingeführt. Die ImmigrantInnen haben damit zum ersten Mal das Recht und die Pflicht, an Deutsch- bzw. Integrationskursen teilzunehmen. So steht es jedenfalls im Gesetz, aber schon jetzt beklagen sich die Kommunen, dass ihnen die finanziellen Möglichkeiten für solche Kurse fehlen! Statt den Kommunen unter die Arme zu greifen und die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um diese Kurse durchzuführen, werden die bewilligten Mittel mit Hinweis auf die angeblich leeren Kassen gekürzt. Stattdessen werden die ImmigrantInnen über die Medien lauthals aufgefordert „Lernt endlich Deutsch“. Damit wird der Öffentlichkeit das Bild vermittelt, dass die MigrantInnen selbst gar kein Interesse an diesen Kursen haben.

Durch diese Darstellung in der Öffentlichkeit werden nicht nur die Probleme der Integration verschleiert, sie lenkt auch ab von den innenpolitischen Schwierigkeiten. Diese Herangehens-

weise wird der Integration – die ja angeblich jeder befürwortet – nicht nutzen, sondern dazu führen, dass der Prozess des Zusammenwachsens stagniert, sich zurückentwickelt und zu einer noch stärkeren Isolation der MigrantInnen führt. Und diese Haltung wird letztendlich die islamistischen Fundamentalisten stärken, die man angeblich bekämpfen will.

Die Unterschiede, die begründet sind in der unterschiedlichen Kultur und gesellschaftlichen Herkunft, sind nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen, die Integration muss vielmehr als Prozess gesehen und gelebt werden. Genau an diesem Punkt ist es wichtig, den Dialog und das gegenseitige Verständnis in den Vordergrund zu stellen statt das Trennende und die Andersartigkeit zu betonen. Wir sollten vielmehr die verbindenden Besonderheiten und Werte hervorheben und deutlich machen, dass diese eine entscheidende Rolle im Zusammenleben spielen.

In diesen Tagen der angespannten Nervosität, in denen oberflächliche Analysen, falsche Annahmen und schnelle Rezepte die Diskussion beherrschen, wenden wir uns an alle, denen das freundschaftliche Verhältnis und Zusammenwachsen von Deutschen und MigrantInnen am Herzen liegt.

Wir rufen Intellektuelle, Gewerkschaften, Medien, Parteien und Kirchen auf, sich stärker in ihren Organisation und Initiativen, am Arbeitsplatz und in ihrem privaten Lebensumfeld dafür einzusetzen, dass der Integrationsprozess weiter voranschreitet. Es reicht nicht, gegen die oben beschriebene Hetzkampagne aufzutreten, es geht vor allem darum, die Erfahrungen der Vergangenheit zu analysieren und zu nutzen, um die Bevölkerung richtig über die Fakten zu informieren und konstruktive Vorschläge dafür zu machen, wie der Prozess des Zusammenlebens gefördert werden kann. Es gibt vieles, was wir machen können.

Insbesondere am Arbeitsplatz, in den Stadtteilen, in den Schulen – kurzum, in allen gemeinsamen Lebensbereichen – sollten Treffen organisiert werden, in denen Deutsche und MigrantInnen gemeinsam über ihre Probleme sprechen und Lösungsvorschläge entwickeln können, es sollten gemeinsame Veranstaltungen organisiert werden, in den das Aufeinanderzugehen und der Dialog erleichtert wird. Solche Aktivitäten sind wichtig und notwendig. Es ist an der Zeit, für eine gemeinsame Zukunft gemeinsam zu streiten!

Bundesvorstand der DIDE – Föderation der demokratischen Arbeitervereine

Die Organisation der „Europäischen Demokratischen Anwälte“ (EDA), in der auch der RAV e.V. (Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V.) vertreten ist, veranstaltete am 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte, zeitgleich in Madrid, Brüssel, Den Haag und Berlin Kundgebungen vor den US-Amerikanischen Botschaften, um als Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte auf die rechtlose Lage der Gefangenen in Guantánamo, Irak und anderen Staaten – oft sind nicht einmal die Orte der Unterbringung bekannt – nach dem von den USA ausgerufenen andauernden „Krieg gegen den Terrorismus“ hinzuweisen und zu protestieren. Auch die größte US-amerikanische Bürgerrechtsorganisation ACLU (American Civil Liberties Union) hat ihren öffentlichen Druck und ihre Proteste gegen die Misshandlung von Gefangenen durch US-Behörden und US-Militär verstärkt. Nähere Infos hierzu finden sich auf der Homepage der ACLU: www.aclu.org. Hier die Erklärung des RAV zu den Kundgebungen am 10. Dezember vor den US-Botschaften in Europa.

rül

Diese Gefangenen können weiterhin weder ihr Recht auf Verteidigung wahrnehmen noch wissen sie bis heute, was ihnen vorgeworfen wird. Eine uns unbekannte Zahl von Gefangenen wird darüber hinaus als Zeugen für unbestimmte Zeit im Gewahrsam der US-amerikanischen Behörden festgehalten.

Eine solche Behandlung der Gefangenen verstößt nicht nur gegen zahlreiche internationale Übereinkommen und Verträge, die auch von den USA unterzeichnet wurden, sondern auch gegen Völkergewohnheitsrecht.

Die Gefangenen werden von US-amerikanischen Regierung als „unrechtmäßige Kombattanten“ bezeichnet und damit aller Rechte, die ihnen zu stehen, beraubt.

- Sie haben keine Verteidigung und sind nicht nur nicht unverzüglich, sondern bis heute keinem zivilen Richter vorgeführt worden, der über die Haft entscheiden müsste und über ihren Status.
- Sie wissen nicht, ob und wenn ja, was ihnen vorgeworfen wird
- Sie werden verhört nach der Methode „stress and duress“, unter Schlafentzug, Drohungen, einem Repertoire von „weißen Foltermethoden“ und sind auch unmittelbarer physischer und sexueller Gewalt ausgesetzt.
- Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes verurteilte am 30.11.04 – ausnahmsweise öffentlich – die Haftbedingungen im US-Militärgefängnis Guantánamo Bay scharf.
- Die US-amerikanische Regierung verletzt in eklatanter Weise die elementaren Rechte der Gefangenen –

Kundgebungen vor US-Botschaften in Madrid, Brüssel, Den Haag und Berlin

Protest gegen die Behandlung der Gefangenen in Guantánamo, Irak und anderen Staaten

und damit die 3. Genfer Konvention –, indem sie sie zu „illegalen Kombattanten“ erklärt und ihnen das Recht auf Verteidigung verweigert und das Recht zu erfahren, was ihnen überhaupt vorgeworfen wird. Darin liegt eine schwere Verletzung der 3. Genfer Konvention.

Als demokratischer Staat, der sich in zahlreichen Abkommen verpflichtet hat, die Menschenrechte und die Menschenwürde zu achten und zu gewährleisten, gehen wir davon aus, dass eine solche Praxis nicht hingenommen werden kann und zu verurteilen ist und die Täter vor ordentliche Gerichte zu stellen sind.

Die USA haben das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame und unmenschliche Methoden 1994 unterzeichnet.

Die Gefangenen sind Kriegsgefangene (Prisoner of War – POW) im Sinne der 3. Genfer Konvention, da sie im Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt festgenommen wurden und nach Art. 5 der 3. Genfer Konvention (GK) im Zweifel so lange als Kriegsgefangene zu behandeln sind, bis ein ordentliches Gericht das Gegenteil feststellt.

Als Kriegsgefangene sind sie mit Abschluss der kriegesischen Auseinandersetzung sofort freizulassen. Sollten sie im Verdacht stehen, Kriegsverbrechen begangen zu haben, so ist ihnen unverzüglich der Vorwurf mitzuteilen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich verteidigen zu lassen.

Doch selbst wenn man die Gefangenen nicht als Kriegsgefangene im Sinne der Genfer Konvention behandeln würde, stehen ihnen die Rechte auf Verteidigung und ein faires Verfahren und eine menschliche Behandlung auch nach den Artikeln 3,5,7, 8, 9, 10 und 11 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948 und den Artikeln 7, 9, 10 und 14 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte zu, die beide auch von den USA ratifiziert sind.

Die US-Regierung weist die Vorwürfe in Orwellscher Manier zurück. Die Inhaftierten in Guantánamo würden „sicher, human und professionell“ behandelt werden. Außerdem liefere ihre Vernehmung wichtige Informationen im Kampf gegen den Terror.

Folter ist jedoch niemals eine humanitäre Maßnahme.

Das CCR hat inzwischen in Deutschland Strafanzeige gegen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und andere wegen der Foltervorwürfe in Abu Ghraib erhoben, der RAV hat sich

dieser Strafanzeige gegenüber dem Generalbundesanwalt angeschlossen.

Angesichts des unhaltbaren und teilweise bereits lange andauernden Zustands, in dem sich die Gefangenen befinden, wenden wir uns nunmehr an die Botschaft der USA, und fordern, dass

- jegliche Foltermethoden – auch psychische – unterlassen werden;
- sämtliche Berichte über die Anwendung von Folter zur Erlangung von Aussagen und die Todesfälle von Gefangenen sowie Massentötungen wie die in Masr-i-Sharif Gegenstand von unabhängigen internationalen Untersuchungskommissionen werden;
- die Beschuldigten dieser schweren Verbrechen ermittelt und vor Gerichte gestellt werden;
- alle als Geiseln Inhaftierte, insbesondere Minderjährige sofort freigelassen werden;
- alle in US-amerikanischem Gewahrsam gehaltenen Gefangenen Zugang zu einem rechtsstaatlichen Verfahren haben;
- die 3. und 4. Genfer Konvention, die Allgemeine Menschenrechtserklärung von 1948 und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, die sämtlich auch von den USA anerkannt und unterschrieben sind, eingehalten werden.

Als Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sind wir zutiefst besorgt über die augenscheinliche Nichteinhaltung der auch von den USA ratifizierten Abkommen, die lediglich die Mindeststandards einer menschenwürdigen Behandlung festschreiben und an die die Vereinigten Staaten gebunden sind. Als demokratischer Rechtsstaat haben die Vereinigten Staaten unbedingt auf ihre Einhaltung zu achten.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme an die Regierung der Vereinigten Staaten weiter zu leiten und uns darüber zu informieren, wie die USA dafür Sorge tragen will und wird, dass den Gefangenen ein Mindeststandard an Rechten und eine menschliche Behandlung gewährleistet wird.

Auch bitten wir, über die Einrichtung der Untersuchungskommissionen der beschriebenen Vorfälle informiert zu werden und regen an, auch internationale Anwalts- und Juristenorganisationen in diese internationale Untersuchung mit einzubeziehen.

Republikanischer Anwältinnen und Anwälteverein e.V., (www.rav.de)
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin,

Erklärung vom 10.12.2004

17. Dezember, Entscheidung über den EU-Beitritt der Türkei.

6. bis 9. Januar, Sondershausen/Thüringen. *Linke Winter-
schule 2004/2005.* Themen: Kurs Wirtschaft: Momente der
Wert und Preisbildung bei der Ware Arbeitskraft. Kurs Philo-
sophie: Bildung und Erziehung – Konsequenz aus PISA, aber
welche? (Nähere Beschreibungen beider Kurse siehe Pol. Be-
richte, 22/2004, Seite 17ff.).

Linke Schule

Kurs Wirtschaft: **Lohndifferenzierung heute. Wirkende
Kräfte und emanzipative Strategien.** (s. Pol. Ber. 25/2004)
Kurs Philosophie: **Bildung und Erziehung** (s. Pol. Ber. 22
und diese Ausgabe)

Wann?

Donnerstag, 6. Januar 2005, Beginn der Kurse 14 Uhr, bis
Sonntag, 9. Januar, Ende im Laufe des Vormittags

Wo?

Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99705
Sondershausen, Telefon (0 36 32) 78 22 59. Die Übernach-
tung kostet pro Person und Tag im Doppelzimmer 17 Euro,
im Einzelzimmer 22 Euro. Die Kosten für die Verpflegung
belaufen sich auf 4 Euro für das Frühstück (5 Euro für er-
weitertes Frühstück), Anmeldung für Halb- bzw. Vollpen-
sion vor Ort.

Anmeldung möglichst bald und verbindlich bei: Christia-
ne Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359
Hamburg, Tel (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21,
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

14./15. Januar, Stuttgart. *Treffen der Gewerkschaftslinken:
Gewerkschaftspolitik jenseits von Standort- und Wettbe-
werbsfähigkeit.* DGB-Haus. Näheres: www.labournet.de/
GewLinke und Pol. Ber. 25/2004.

24./25. Januar, Wuppertal. *Rechtliche Grundlagen von ALG
II / Sozialgeld.* Veranstalter: Harald Thomé von Tacheles e.V.
Das Intensivseminar richtet sich an die interessierte Fachhöf-
fentlichkeit (Mitarbeiter aus Beratungsstellen und Verbän-
den, Juristen). Kosten 150 Euro. Anmeldung und weitere In-
fos: www.harald-thome.de

26. bis 31. Januar, Porto Allegre/Brasilien. *Weltsozialforum
2005.* In verschiedenen Orten sind Parallelveranstaltungen
zur Information und Diskussion geplant.

11. bis 13. Februar, München. *Frieden und Gerechtigkeit ge-
stalten – Nein zum Krieg! Internationale und öffentliche
Gegenveranstaltung zur Sicherheitskonferenz.* Näheres:
www.muenchner-friedensbuendnis.de

4./5. März, Stuttgart. *Attac-Europa-Konferenz.*

6. Mai, Köln. *Bundesparteitag der FDP*

25. bis 29. Mai, Hannover. *Evangelischer Kirchentag*

Vorausschau auf Wahlen:

20. Februar 2005: Landtagswahl in Schleswig-Holstein.

22. Mai 2005: Landtagswahl in NRW.

2006: Frühjahr: Kommunalwahl Hessen. April: Landtags-
wahlen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-An-
halt. Herbst: Bundestagswahl, Landtagswahlen Mecklen-
burg-Vorpommern und Berlin.

Dieter Engels, Wolfgang Kirstein, Günter Rabe (Hrsg.)



Die im Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union und in der „Europäischen Sicherheitsstrategie“ vereinbarten Grundsätze einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU sind der breiten Öffentlichkeit so gut wie unbekannt und werden kaum diskutiert. Der Spannungsbogen dieser Politik reicht von multilateralen zivilen Konfliktlösungsstrategien bis zu verstärkter Aufrüstung und der Option für weltweite Kriegseinsätze.

Dieses Buch dokumentiert die Beiträge zur „Hamburger Friedenskonferenz“ vom April 2004. Deren Veranstalter waren der DGB Bezirk Nord, die Hamburger NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Natur“ e.V. und das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. Die Beiträge analysieren die aktuelle europäische Außenpolitik und formulieren Alternativen im Interesse einer dauerhaften europäischen Friedenspolitik.

Preis: 9,80 Euro (bei Versand plus Porto) ISBN 3-938372-00-1

• **Bestelladresse:** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Ham-
burg Tel. (040)43188820, Fax (040) 43188821,
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de